Beats against fascism!

H 8040 F
Nummer 74
Jan./Feb. 02
2,00 Euro



DER RECHTE RAND

Schwerpunkt: Rechte Musik

Informationen von und für AntifaschistInnen

Schill-Partei in Sachsen-Anhalt - Neue „Wehrmachtsausstellung" - Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern - Interview mit Klaus Dörner - Polizei gegen Antifa-Blockaden - NPD-Verbotsverfahren - VS-Extremismusausstellung - Treffen der Europa-Rechten - Rezensionen - Meldungen

In diesem Heft

Editorial

Wer hätte das gedacht? 6 Jahre, nachdem Der Rechte Rand in der Rubrik „linksextremistische Bestrebungen" im Verfassungsschutzbericht des Bundes erwähnt wurde, weil unsere Zeitschrift „tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten u.a. auf heimlich gefertigten Photos" darstellen würde, sind wir nun mit einem Preis des bundesweiten „Bündnis für Demokratie und Toleranz" für unsere Arbeit ausgezeichnet und als ein „vorbildliches Projekt" eingestuft worden. Die Freude über diese Auszeichnung ist natürlich gross, sehen wir uns dadurch doch klar in unserer Tätigkeit bestärkt. Gleichzeitig wird uns damit quasi „am eigenen Leibe" schlaglichtartig die Diskrepanz vorgeführt, mit der in der Bundesrepublik seit Bestehen und bis zum heutigen Tag mit antifaschistischem Denken und Handeln umgegangen wird. Während einerseits Initiativen wie bspw. „Mobile Beratungsteams" gegen Rechtsextremismus eingesetzt und verschiedene Aussteigerprogramme unterstützt werden, werden parallel dazu seit Jahrzehnten aktive und wichtige Arbeit leistende antifaschistische Organisationen, Einzelpersonen und Gruppen diskreditiert und teilweise auch kriminalisiert.

So bleibt der „Aufstand der Anständigen" auf bloßen mediengerecht inszenierten Aktionismus beschränkt, der die Ursachen für neofaschistische Orientierungen nicht tatsächlich in Angriff nimmt.

Im Gegenteil, durch das „Zuwanderungsgesetz" oder das „Sicherheitspaket II" werden demokratische Rechte abgebaut, AusländerInnen unter Generalverdacht gestellt und letztendlich rechtes Gedankengut weiter hoffähig gemacht. Sogar der ehemalige Bundestagsvizepräsident Burkhard Hirsch attestiert der Bundesregierung, dass deren Sicherheitsgesetze einen „totalitären Geist" verrieten.

Mit dieser Entwicklung einher geht eine tendenzielle Verharmlosung des Neofaschismus durch die Rechtsprechung. Den „Republikanern" wird bescheinigt, dass sie „keine verfassungsfeindlichen Ziele" verfolgen würden. Jahrzehntelange Recherche und Forschung wird durch dieses Urteil des Bundesverwaltungsgericht ad absurdum geführt. Als Begründung wird dabei bezeichnenderweise angeführt, die rassistischen Bestrebungen der REP würden „von Parteien aus dem gesamten politischen Spektrum gefordert" und belegten „keine völkische Sicht".

Noch weiter geht ein Gutachten eines ehemaligen Bundesverfassungsrichters, das im Auftrag des Bundesinnenministeriums erstellt wurde: Ehemaligen Konzentrationslagern auf deutschem Boden wird darin die „Symbolkraft" abgesprochen, die ein Verbot von Nazi-Aufmärschen an KZ-Gedenkstätten ermöglichen würde. Ebenso biete das Grundgesetz „keine Handhabe" gegen „nationalsozialistische Ideen" – eine klare Ausserkraftsetzung des Paragraphen 139 GG und somit eine symbolhafte Absage an die antinazistische Ausrichtung des Grundgesetzes.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass neofaschistische Ideologieelemente Einzug in den Bereich der Jugendsubkulturen halten - auch in eher „alternativ" und teilweise links geltende und sich über Musik definierende Szenen. Diese rechten Einflüsse lassen sich mittlerweile selbst in der Popmusik der „Neuen Mitte" der Gesellschaft nachweisen. Ein wichtiger Grund für uns, dieses Thema zum aktuellen Schwerpunkt dieses Heftes zu machen.

In eigener Sache:

Mit dem ersten Heft im neuen Jahr hat sich Einiges beim Der Rechte Rand verändert. Unsere LeserInnen werden sich vielleicht an das alte Layout und den Aufbau der Zeitschrift gewöhnt haben, nach über 10 Jahren regelmässigen Erscheinens und gleichbleibender Struktur haben wir uns aber dazu entschlossen, neue Wege mit einem veränderten - und wie wir hoffen, „dem Auge schmeichelnden" - Layout zu bestreiten. Gleichzeitig hat sich der Umfang der Ausgabe um vier Seiten erweitert.

Ebenso seit vielen Jahren unverändert geblieben war der Preis des Der Rechte Rand. Wohl wissend, dass mit der Umstellung der Währung auf den Euro einige „versteckte" Preiserhöhungen auch auf unserer LeserInnen zukommen werden, sehen wir uns aufgrund gestiegener Papier-, Druck- und Vertriebskosten dazu gezwungen, den Preis der Einzelausgabe auf zwei Euro zu erhöhen. Das einjährige Abonnement wird künftig 14,- Euro kosten. Wir hoffen, dass unsere LeserInnen dafür Verständnis aufbringen.

Die nächste Ausgabe von DER RECHTE RAND erscheint Anfang März, Redaktionsschluss ist der 12. Februar 2002.

Schill in



Ronald Schill (li.) und Ulrich Marseille

„Partei Rechtsstaatliche Offensive" expandiert nach Sachsen-Anhalt

Dem Versprechen folgen Taten. Mit dem ersten Parteitag der „Partei Rechtsstaatliche Offensive" am 26. November 2000 kündigte der neue Hamburger Innensenator und unumstrittene Parteivorsitzende Ronald Barnabas Schill ein bundesweites Engagement der Partei seines Namens an. Nun bereitet die Schill-Partei ihre Kandidatur für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 21. April diesen Jahres vor. „Mit rund 30 Prozent werden wir die stärkste Fraktion", verspricht Ulrich Marseille als Koordinator der Parteiexpansion.

von Christian Grünert & Andreas Speit

Auch Klaus Bierende meint, „das wird hier eine dritte Volkspartei". Seit über vier Wochen gehört der Bürgermeister der Gemeinde Egeln bei Magdeburg zum „Aufbau Team" der Partei in Sachsen-Anhalt. Längst hätte sie über 300 Mitglieder gewinnen können und würden versuchen mittels sechs Regionalverantwortlicher die Partei zu gründen. Die ersten Wahlumfragen bestärken Bierendes Hoffnungen, der früher der SPD angehörte. Laut einer Umfrage des IWD-Marktforschungsinstituts Magdeburg würden 21 Prozent der Befragten die Schill-Partei wählen. Im Auftrag des „Wirtschaftsspiegel" hatte das Institut im Oktober letzten Jahres 750 Haushalte befragt. Bei 250 befragten Unternehmern fiel das Votum noch deutlicher aus: Über 30 Prozent würden die Schill-Partei wählen.

Bei einer „privaten Veranstaltung" des Unternehmers Dieter W. Wibben in Magdeburg, dem die Firma „Institut für Ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung" gehört, wurden dann auch die ersten Taten für die bis Januar diesen Jahres avisierte Gründung des Landesverbandes abgesprochen. Vorher müssten jedoch erst einmal 500 Mitglieder geworben werden. Wibben, einst CDU-Mitglied, betont jedoch, dass sie einen enormen Zulauf - vor allem von früheren CDU- und SPD-Mitgliedern - hätten. Nur wenn die Schill-Partei die „stärkste Fraktion" würde, erklärt Schill, würden sie bei der Bundestagswahl antreten. Um bei dem Test keinen Reinfall zu erleben, sandte der Hamburger Richter den Hanseaten Marseille zur Koordination nach Sachsen-Anhalt. Auf Bitte von Schill hätte der 45-jährige Multimillionär Marseille, Mitbegründer und Mehrheitsgesellschafter der „Marseille-Klinik AG", die bundesweit 36 Alten- und Behinderteneinrichtungen, sowie 11 Rehabilitationskliniken unterhält, das Amt übernommen.

Der erste „Ost-Beauftragte", Thorsten Uhrhammer, musste zuvor die Partei der Anständigen und Rechtschaffenden verlassen, da seine frühere Mitgliedschaft bei der DVU und den REP publik wurde. Zwar verkündet Mettbach regelmäßig, „wir müssen darauf achten, dass nicht Leute aus der ganz, ganz rechten Ecke uns alles kaputt machen". Doch wen Hamburgers neuer Bau- und Verkehrsenator „ganz, ganz rechts" verortet, scheint in der Partei unklar. Denn Uhrhammer ist nicht der Einzige mit rechtsextremen Kontakten. Der unlängst in die Bürgerschaft nachgerückte Fraktionsvorsitzende der Schill-Partei in der Eimsbüttler Bezirksversammlung Christian Brandes ist Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft „Germania", die früher mit der FAP und heute mit der NPD eng verbunden ist. Im Wahlkampf stellte Gerda Wittuhn als Mitglied des Schill-Partei-Arbeitskreises Marketing bei der rechtsextremen „Bewegung Pro-Köln" (Pro-Köln) das Parteiprogramm vor. Bei dem Treffen, so „Pro-Köln", stellten sie eine „weitgehende Übereinstimmung" bei der „inneren Sicherheit" fest. Für die Schill-Sprecherin Karina Weber ist die 1925 geborene Rentnerin nicht nur ein Parteimitglied unter vielen; „Frau Wittuhn ist sehr engagiert und anerkannt in der Partei". Ihre Ansichten verhehlt Wittuhn nicht: „Ich bin Abonnentin der Jungen Freiheit (JF) und wenn ich keine Frau wäre, wäre ich in einer schlagenden Verbindung".

Die neurechte Wochenzeitung JF scheint für Mettbach selbst nicht „ganz rechts" zu sein. Regelmäßig erläutert er gegenüber der JF die Schill-Politik und schrieb über die „Strafmündigkeit". Gleich nach den Wahlen erklärte der Schill-Abgeordnete Manfred Silberbach in dem Blatt, „viele Journalisten meinen, sie müssten als eine Art staatsbürgerlicher Fleißarbeit jede Woche ‚einen Rechten' prügeln, und da müssen eben nun wir herhalten".

Marseille muss indes wegen seines früheres Engagement in Sachsen-Anhalt „herhalten". Denn bei den Kommunalwahlen 1999 sponserte er in Halle/Saale die „Miet-& Bürgerliste". Schnell war von „Mafia-Marseille" die Rede und sofort ging das Gerücht um, der Unternehmer wolle über die Politik seine Geschäfte sichern. Schließlich forderte der Schill-Vertraute damals 115 Millionen Mark Schadensersatz von der „Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Halle-Neustadt" (GWG) und über das Stadtparlament wäre eine Einflussnahme möglich gewesen. Von der GWG hatte er 1996 2700 Plattenbauwohnungen gekauft. Nur vermieten konnte er sie nicht, weshalb er vor Gericht erstreiten wollte, in der „Höhe der Mieteinnahmen arglistig getäuscht" worden zu sein. Ohne Erfolg. Der Regierungssprecher Sachsen-Anhalts, Franz Stänner, fragt sich heute, ob „hier ein Unternehmer eine Partei kaufen will, um seine wirtschaftlichen Interessen politisch zu flankieren". Zurzeit führt Marseille acht Prozesse gegen das Sozialministerium, um nachträglich Fördermittel für den Bau von Pflegeheimen zu erstreiten. Mettbach beteuert derweil: „Herr Marseille kennt sich in Sachsen-Anhalt gut aus und ist daher besonders qualifiziert". Auch Bierende lässt sich in seinem Vertrauen nicht erschüttern. Dafür jedoch einige andere Aufbauhelfer: Die Schillianer um den Magdeburger Norbert Hoiczyk kündigten die Gründung einer eigenen „rechtsstaatlichen Partei" an.



Die Ehre der Täter

Ein Aufmarsch von 3.500 Neonazis gegen die erneuerte Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht - Dimensionen des Vernichtungskriegs. 1941 - 1944" des Hamburger Instituts für Sozialforschung fand am 1. Dezember 2001 in Berlin-Mitte statt. Die Ausstellung war am 28. November in Berlin wiedereröffnet worden, nachdem die erste Fassung im Jahr 1999 zurückgezogen und überarbeitet worden war.

von Uli Jentsch

Zwar hatte die Berliner Innenverwaltung nach vielen Protesten aus dem In- und Ausland die NPD-Route verlegt und damit das historisch jüdische Scheunenviertel rings um die Neue Synagoge und die Ausstellung von grölenden Rechtsextremen verschont. Doch sorgte eine gleiche Anzahl von Beamten der Polizei und des Bundesgrenzschutzes dafür, dass antifaschistische GegendemonstrantInnen nur vereinzelt in Ruf- und Sichtweite des Aufmarsches gelangten. Heftige Kritik rief ein Polizeieinsatz direkt vor der Neuen Synagoge hervor. Die Polizei ging mit Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken gegen DemonstrantInnen vor, die versucht hatten, direkt zum NPD-Aufmarsch vorzudringen und daran von Polizeiabsperrungen gehindert wurde. Mitglieder der Jüdischen Gemeinde setzten sich in dieser Situation aus Solidarität auf die Straße.

Auf einer Zwischenkundgebung äußerten sich NPD-Chef Udo Voigt und der rechte „Liedermacher" Frank Rennicke dann auch hoch zufrieden über ihren Auftritt „in der Reichshauptstadt". Der Applaus vieler jugendlicher Skinheads, aber auch älterer Rechtsextremer galt vor allem den wüsten Beschimpfungen Jan Philipp Reemtsmas, dem Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung. NPD-Chef Voigt verunglimpfte Reemtsma als „Volksverhetzer".

Der Aufmarsch verdeutlichte, wie eng die NPD mit militanten Neonazis zusammenarbeitet. Neben einer Ansprache von Roberto Fiore, dem Anführer der italienischen neofaschistischen Partei „Forza Nuova", waren es vor allem altgediente Kader wie der verurteilte Rechtsterrorist Peter Naumann, die für den reibungslosen organisatorischen Ablauf sorgten.



Fotos: Peter Jülich

AntifaschistInnen zeigten sich besorgt über die Zahl der Rechtsextremen, die die NPD auf die Straße gebracht hatte. Die Partei sei offensichtlich dabei, die Phase der Defensive, die das schwebende Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht ausgelöst hatte, abzuschließen und ihren Anspruch als radikalste Vertreterin der extremen Rechten offensiv zu verteidigen. Zwar war es der NPD im Gegensatz zum ersten Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung am 1. März 1997 nicht gelungen, wieder 5.000 Sympathisanten auf die Straße zu bringen. Trotzdem ist es beunruhigend, dass die NPD mit Hilfe der militanten „Freien Kameradschaften" 3.500 Sympathisanten mobilisieren kann.

Kameradschaften und NPD haben — offenbar ermutigt durch den 1. Dezember 2001 in Berlin — angekündigt, ihre Kampagne gegen die Ausstellung fortzusetzen. Am 5. Januar diesen Jahres soll an der Wewelsburg, der sogenannten „SS-Ordensburg" von SS-Chef Heinrich Himmler, ein weiterer Naziaufmarsch stattfinden. Das Motto lautet ganz unverhohlen: „Ruhm und Ehre der Waffen-SS."

Schweriner Prioritäten

Seit dem 20. November vergangenen Jahres findet vor dem Landgericht Schwerin der Prozess gegen drei mutmaßliche Brandstifter des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 statt. Die Anklage wirft Ronny Sanne (26), Andre Bohs (27) und Enrico Palletschek (28) unter anderem „versuchten Mord", „schwere Brandstiftung" und „schweren Landfriedensbruch" vor. Alle drei Angeklagten sind wegen einschlägiger Körperverletzungs- und Propagandadelikte vorbestraft und gehören zu einer größeren Clique von Schweriner Naziskins und Hools. Ronny Sanne sitzt derzeit wegen Straftaten nach 1992 eine Gesamtstrafe von drei Jahren in der JVA Bützow ab. Die Eröffnung des Prozesses neun Jahre nach der Brandnacht von Rostock-Lichtenhagen, als rund 500 Naziskins unter dem Beifall von mehreren tausend Schaulustigen einen Plattenbau in Brand setzten, in dem sich zu diesem Zeitpunkt rund 150 ehemalige vietnamesische VertragsarbeiterInnen aufhielten, wurde jahrelang verschleppt. Nachdem die Staatsanwaltschaft Schwerin im Frühjahr 1995 immerhin eine Anklage fertig gestellt hatte, schob der Vorsitzende Richter Horst Heydorn die Akten immer wieder mit dem Vermerk weg, seine Kammer sei wegen Haftsachen überlastet. Ein Ende des Prozesses, bei dem die Angeklagten im Fall einer Verurteilung wegen des langen Zeitraums und ihres jugendlichen Alters zum Tatzeitpunkt allenfalls mit Bewährungsstrafen zu rechnen haben, ist noch nicht abzusehen. Trotzdem bemühen sich die Nebenkläger gegen die Widerstände des Gerichts und der Verteidigung um eine möglichst vollständige Aufarbeitung der Ereignisse. Diese wird erschwert durch wenig erinnerungswillige ZeugInnen aus dem Umfeld der Angeklagten.

Enrico Palletschek (oben) und Andre Bohs (unten)



Ronny Sanne

Musik von Rechts

Rock von Rechts wurde lange Jahre ausschließlich mit der extrem rechten Skinhead-Szene in Verbindung gebracht. Doch mittlerweile scheinen sich auch in anderen Szenen extrem rechte Tendenzen zu etablieren.

von Christian Dornbusch und Jan Raabe

Heutige RechtsRock-Bands wie „Landser“ (Berlin) oder „Noie Werte“ (Stuttgart) setzen sich nicht mehr grundsätzlich nur aus rechten Skinheads zusammen. Längst schon spielen in ihnen junge Männer mit, die sich diesem subkulturellen Stil nicht mehr verpflichtet fühlen. In der zwanzigjährigen Geschichte dieser Musik haben sich sowohl Inhalte als auch der Stil verändert. Während in den 1980er Jahren rechtsextreme Statements vor allem mit Texten über „kollektive Besäufnisse“, Fußball und Gewalt und Frauen/Sex flankiert wurden, rückte mit der sog. Wiedervereinigung „Deutschland“ in den inhaltlichen Mittelpunkt der Musik. Rassistische Slogans wurden Standard und der Ton zunehmend offen neonazistischer und antisemitisch. Aus diesem Weltbild heraus werden in den letzten Jahren auch zunehmend tagespolitische Themen in den Liedern aufgegriffen.

Das Gros der deutschen RechtsRock-Bands setzt nach wie vor auf eine musikalische Bricolage aus HardRock und gröhlendem deutschsprachigen Gesang. Eindeutige qualitative Verbesserungen existieren vorwiegend bei den seit einigen Jahren existenten Bands.

Zur stilistischen Differenzierung dieser Musik haben unter anderem rechte Liedermacher wie Frank Rennicke oder das weibliche Gegenstück Annett Moeck beigetragen, aber auch die in eigenen Reihen verfaßten Balladen über nationale Mythen und Helden.

Mit der musikalischen Orientierung am Hardcore bzw. Hatecore, wie ihn beispielsweise die neonazistische amerikanische Band „Blue Eyed Devils“ spielt, wurde die Musik schneller und aggressiver. Obwohl sich auch dieser Musikstil aus dem Punk entwickelt hat, sind seine ehedem emanzipativen und progressiven Ansprüche bei jenen Bands zugunsten extrem rassistischer und antisemitischer Texte verschwunden. Das Lied „We believe“ des von Mitgliedern der englischen Band „Razors Edge“ und der Bamberger Gruppe „Hate Society“ eingespielten Projektes „Strength Thru Blood“ beginnt beispielsweise mit dem Bekenntnis: „We believe in Nationalsocialism. We believe in white supremacy. We believe we'll smash Zions occupation.“ Eine Deutlichkeit, wie sie auch die Bands des NS-Black-Metal in ihren Texten präsentieren. Allerdings ist ihr musikalischer Stil wesentlich brachialer und ihr Image zwar ähnlich gewalt- und kriegsverherrlichend, aber auch oftmals zutiefst nihilistisch und misanthropisch. Der bestehenden Ordnung stellen sie eine an der nordischen Mythologie angelehnte heidnische Gesellschaft entgegen, in denen vermeintliche Naturgesetze und das Recht des Stärkeren als legitim gelten. „Wir marschieren in eine neue Zeit, die uns von Juden und Christen befreit!“, singt die NS-Black-Metal-Band „Magog“s (Pirna) in ihrem Lied „Feuer der Dunkelheit“. Das Neue kann in der Logik dieser Musikszene nur durch die „totale Vernichtung des bestehenden judeochristlichen Systems“ herbeigeführt werden.

Obwohl solche heidnischen Motive durchaus auch in der „Schwarzen Szene“ des Dark-Wave präsent sind, werden dort solche offen neonazistischen Töne nicht angeschlagen. Entsprechend dem feingeistigen Gestus der Szene als solcher, schneiden rechte Gruppen im musikalischen Stil des Neo-Folk, wie beispielsweise die Band „Waldteufel“ von Markus Wolff, eher mythische und klassisch völkische Themen an. „Der Blutharsch“, die Band des Wieners Albin Julius (bürgerlich: Martinek), setzt hingegen auf die Verbindung von elektronischen Klängen zur taktvorgebenden Trommel. Hier obsiegt in der vermeintlich kultivierten Szene das martialisch-militaristisch Männliche und ehedem kriegerische Töne aus vergangenen Weltkriegen diktieren den Text der Lieder: „Kampf, Sieg oder Tod!“.

Unterdessen verbreiten sich in Teilen der Tekkno-Szene neonazistische Anklänge, besonders in der Stilrichtung des Gabba bzw. Hardcore-Techno. Die Musik, der ein enorm schneller Takt von mindestens 180 bpm (beats per minute) zugrunde liegt und die mancherorts links kodiert ist, ist im Ruhrgebiet zum Tummelplatz einer sich formierenden rechten Techno-Szene geworden. Eine Entwicklung, die sich bereits im Ursprungsland des Gabba, den Niederlanden, Mitte der 1990er Jahre abzeichnete. Das rechte Image ergab sich allerdings lange Zeit eher über einen spezifischen Dress-Code und wurde 1996 erstmals mittels der Sample-Technik, unter Verwendung von Hitler-Reden, durch die niederländischen DJ-Formation „88 A.D.R.“ in die Musik integriert. Heutige deutsche Gabba-DJs wie „Kahlkopp“ (heute „WHIPO“) scheinen sie zum Vorbild genommen zu haben. Aber auch im klassischen Dancefloor setzen DJs mit so sinnigen Namen wie „DJ Adolf“ auf gesampelte Hitler-Reden.

Inzwischen wird auch vereinzelt mit rassistischen Stereotypen sowie Holocaust relativierenden Metaphern im zumindest bis Mitte der 1990er Jahre kosmopolitisch ausgerichteten HipHop gereimt. Erst jüngst rappte „MC Pain“ aus Kiel in einem über das Internet verbreiteten Text: „Türken werden immer reicher und Deutsche immer ärmer“ und fürchtet beschwörend: „Kommt noch soweit, daß ein Türke hier Bundeskanzler wird“.

Auch wenn solche Töne im HipHop rar sind oder die Tekkno-Szene eher ein Drogen- als ein rechtes Problem hat, zeigen diese Tendenzen doch, daß ein rechter Zeitgeist Einzug hält in verschiedene musikalische Stile. So wie Rassismus immer ein gesellschaftliches Problem war, scheint es leider auch nur eine Frage der Zeit gewesen zu sein, bis rassistische und re-nationalisierende Tendenzen Einzug halten in andere Musikszenen.

Jan Raabe und Christian Dornbusch sind Herausgeber des im Februar 2002 erscheinenden Buches „RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien“, Hamburg: rat/ Unrast Verlag 2002, 400 Seiten, 20,35 Euro.





Völkische Barden

Von nationalen Liedermachern und Balladensängern

Seit Anfang bzw. Mitte der 90er Jahre erfreuen sich „völkische Barden" im Zuge der Popularisierung des RechtsRock eines zunehmenden Erfolges in der rechten Musik-Szene. Musikalisch stehen sie, im Gegensatz zum rechten Rock, in völkischer und nationalsozialistischer Tradition.

von Christian Dornbusch

Hauptprotagonist unter den extrem rechten Liedermachern ist Frank Rennicke aus Ehningen. Politisch wurde er sozialisiert in der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend" (WJ), die in eindeutiger Tradition zur „Hitler-Jugend" stand. Seit der Gründung der WJ 1952 gehörten gemeinsame Fahrten und Musizieren am Lagerfeuer zum „pädagogischen" Standardrepertoire. Gesungen wurde deutsch-völkisches Liedgut aus dem 19. Jahrhundert oder Soldaten- und Marschlieder aus dem „Dritten Reich".

1987 veröffentlichte Rennicke schließlich seinen ersten Tonträger, die Kassette „Protestnoten für Deutschland" mit revanchistischen und nationalistischen Liedern. Häufig verwandte er seitdem bekannte Melodien für seine schlichten Reime: „Strömt herbei Ihr Völkerscharen, immer rein ins deutsche Land, und knechtet dann die Deutschen und stellt sie an die Wand", sang Rennicke beispielsweise 1990 zur Melodie der „Internationale". Diesem Stil blieb er bis heute auf seinen über zwanzig Veröffentlichungen treu.

Mit der Popularisierung des RechtsRock im Zuge der sog. Wiedervereinigung 1990 machte auch Frank Rennicke Karriere und gestaltete in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre schließlich das musikalische Rahmenprogramm jeder grösseren NPD-Veranstaltung. In den vergangenen Monaten sang er, in Begleitung höherer NPD-Funktionäre, vermehrt auf S-Bahnhöfen und vor Schulen in Berlin. Die Akzeptanz-Kampagne für die vom drohenden Verbot betroffene Partei schien die Berliner aber nicht sonderlich zu interessieren.

In seine musikalischen Fußstampfen traten ab Mitte der 1990er Jahre eine ganze Reihe von Musikern, wie beispielsweise Rene Heizer (Köln), Jörg Hähnel (Dresden), Lars Hellmich (Berlin), Veit Kelterborn (Gera). Rechte Musik in dieser Form verlangt dem einzelnen wenig ab und läßt sich leicht reproduzieren. Ein „Multi-Talent" war Daniel Eggers (Grevesmühlen), der im Sommer 2001 den Freitod wählte. Einerseits veröffentlichte er unter seinem eigenen Namen, aber auch unter den Pseudonymen „Arisches Blut" und „Schwarzes Korps". Unter diesem vermeintlichen Deckmantel schlug er, wie beispielsweise auf der 1996 bei „NS Records" in Dänemark veröffentlichten CD „Unter Führers Befehl", offen neonazistische Töne an. Ähnliche rudimentäre SA-Lyrik vertonte 1995/96 die Formation „Weisser Arischer Widerstand (WAW) - Kampfkapelle" mit Liedern wie „Sollen fremde Juden unsere Herren sein" oder „Deutsche kauft nicht bei Juden".

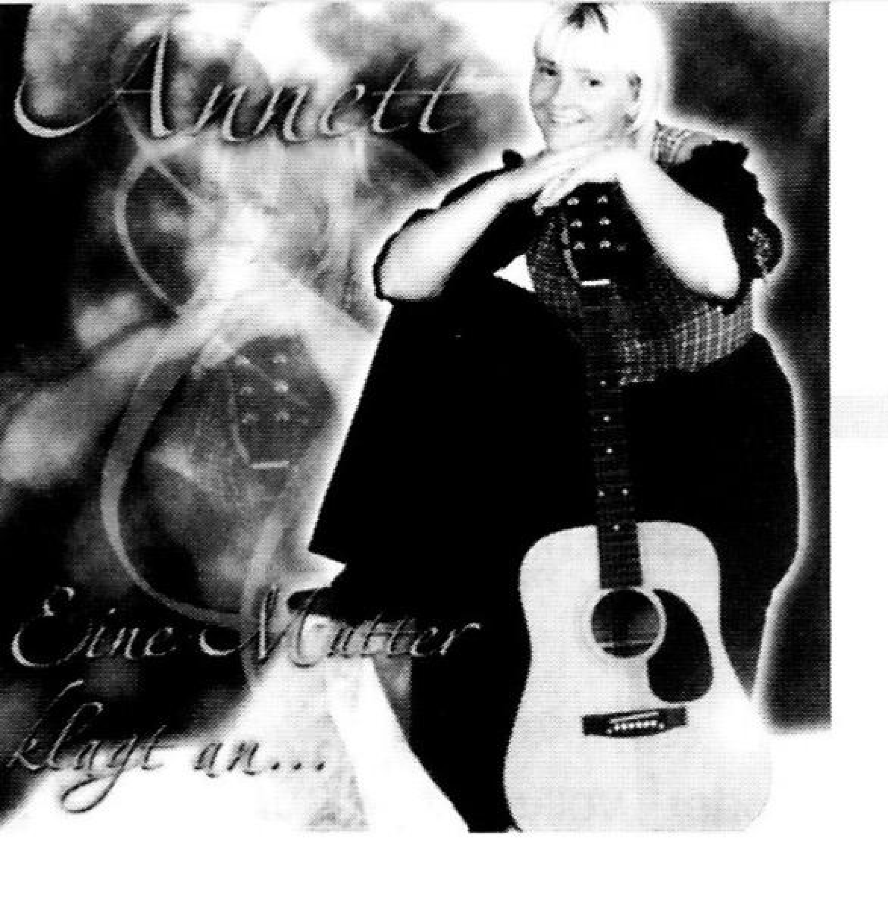
Andre Lüders (Rostock), der „Shooting-Star" der sog. „Freien Kameradschaften", lieferte auf seiner im Jahr 2000 veröffentlichten CD „Frei - sozial - national" hingegen den politischen Soundtrack für den selbsternannten „Nationalen Widerstand". Aufgenommen hat er die CD in Verbund mit der „Blood & Honour"-Band „Nordmacht" (Rostock) - keine überraschende Verbindung zwischen Liedermacher- und klassischer RechtsRock-Szene.

Bereits 1991 hatte Ian Stuart mit seinem Bandkollegen David Calladine („Stigger") von der britischen Band

Kriminelle „Landser"

von Markus Ragusch

Anfang Oktober letzten Jahres ließ Generalbundesanwalt Kay Nehm vier Mitglieder der Naziband „Landser" aus Berlin und Potsdam und den Vertriebsleiter festnehmen. Ein fünftes Bandmitglied saß bereits seit dem 1. Oktober in Untersuchungshaft. Die Band war zu einer kriminellen Vereinigung erklärt worden, gegen welche unter anderem wegen Volksverhetzung und Mordaufrufen ermittelt wurde. Bei den festgenommenen Band-Mitgliedern handelt es sich um den „Landser"-Sänger Michael Regener (36), die Gitarristen André Möricke (34) und Jean-René Bauer (34) sowie den Drummer Christian Wenndorf (22). Der Vertriebsleiter von „Landser" war Jan Werner (26) aus Chemnitz. Michael Regener, genannt Luni, versuchte sich kurz als Liedermacher, bevor er 1992 Sänger und Texter von „Landser" wurde. Jean-René Bauer, bis 1998 „Landser"-Gitarrist, gilt als führendes Mitglied der Berliner Nazi-Rocker-Combo „Vandalen". Am 24. Juli 1999 wollte er im Clubhaus der „Vandalen" seine Hochzeit mit Susann Stark feiern. Susann Bauer (ehem. Stark) ist Beschäftigte in der NPD-Bundeszentrale. Ein Jahr später wurde Jean-René Bauer bei einem Waffendeal mit dem Naziaktivisten Ralf Luckow aus Königs Wusterhausen verhaftet. Für den Handel mit einer Langwaffe mit Zielfernrohr und Munition erhielt er eine Bewährungsstrafe. Der „Landser"-Vertriebsleiter Jan Werner ist Herausgeber des Nazi-Fanzines „White Supremacy". „Landser" entwickelte sich in der Nazi-Szene zu der Kultband schlechthin. Keine Naziband konnte so viele Jahre lang ungestört dermaßen brutale Nazimusik verbreiten. Mittlerweile befinden sich die Bandmitglieder wieder auf freiem Fuß.



Andre Lüders (li.) mit Gitarre beim Elmshorn-Aufmarsch 2001; rechts Annett Moeck

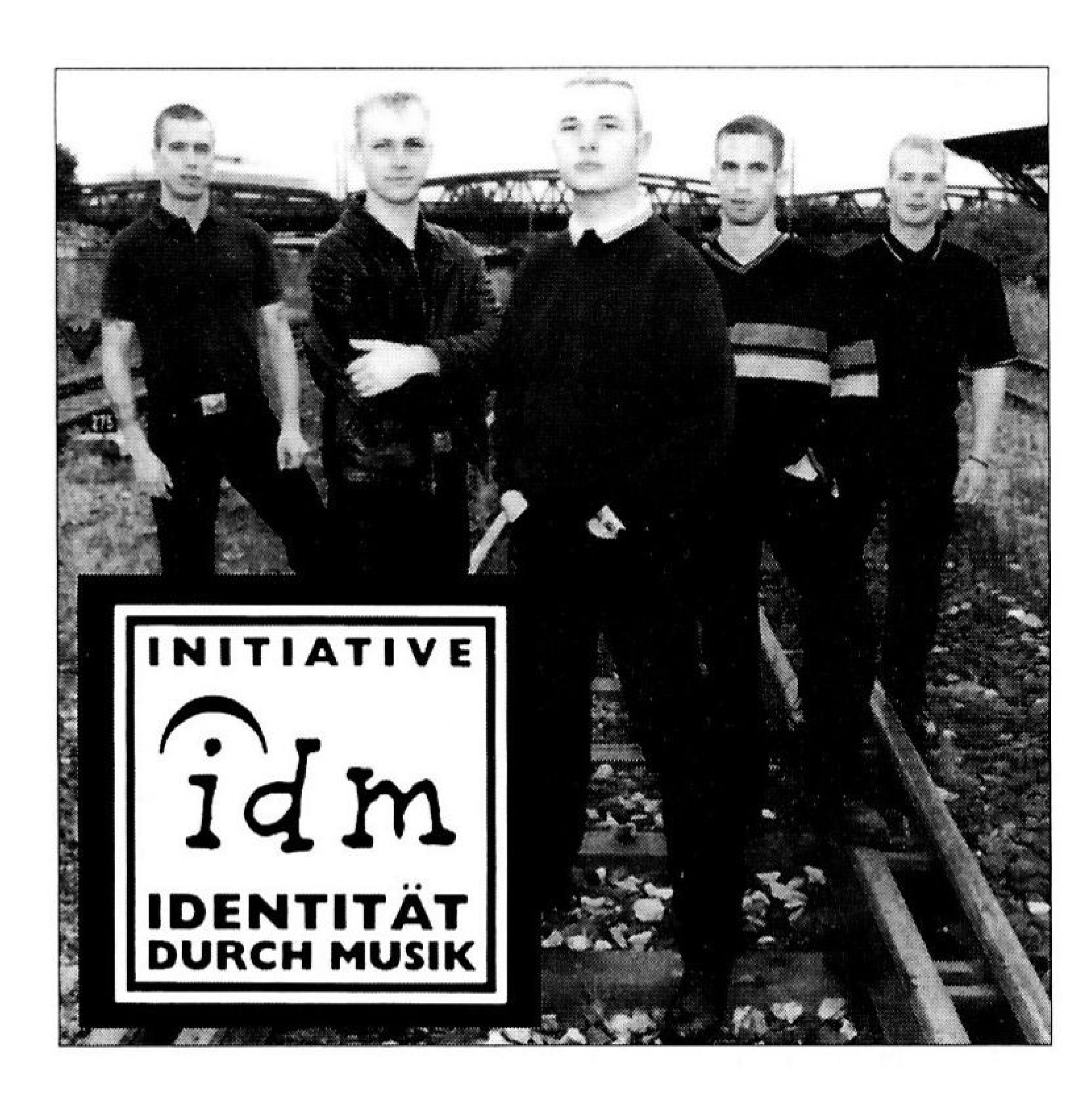
„Skrewdriver" eine Platte mit „Patriotic Ballads" veröffentlicht. Parallel zu den Liedermachern entwickelte sich damit im RechtsRock ein musikalisch ähnlicher Stil, der letztlich zur breiten Akzeptanz von Rennicke & Co. beitrug.

Das Projekt „German-British-Friendship", eine Zusammenarbeit zwischen „Skrewdriver" und der Stuttgarter Band „Noie Werte", veröffentlichte 1991 mit dem Lied „Als der Schnee fiel" die erste Ballade des deutschen RechtsRock - ein Epos über den in Rußland gefallenen deutschen Soldaten. Für „nachgeborene" Musiker des Genre, u. a. Rainer Sebrecht von der Düsseldorfer Band „08/15" oder Achim Schmid von der Band „Wolfsrudel", gehören Balladen seitdem zum Standardrepertoire des RechtsRock. Ausgewählt wird diese musikalische Form vor allem bei Liedern, die Themen der nordischen Mythologie behandeln, in denen die Geschichte der deutschen Wehrmacht rehabilitiert oder in denen der „deutschen Frau" als „Mutter deutscher Kinder" Respekt gezollt wird.

Identität durch Musik

„Identität durch Musik" (IDM) ist eine Initiative, die 1999 von der mittlerweile aufgelösten Esslinger Band „Carpe Diem" gegründet wurde. Während IDM versucht mit einer kulturellen Querfront-Strategie in verschiedenen musikalischen Stilen Fuß zu fassen, erfreut sich bisher lediglich ihr Internet-Forum breiteren Interesses.

von Christian Dornbusch und Hans Wanders



„Carpe Diem" – Gründungsband von IDM

Die Band „Carpe Diem" wurde im Dezember 1998 gegründet, unter anderem von Kay Bunn, dem ehemaligen Schlagzeuger der RechtsRock-Band „Noie Werte". Die 1999 von „Carpe Diem" veröffentlichte Demo-CD „Frei geboren" soll, so die Band im Interview mit der Monatsschrift „Nation & Europa" im Januar 2001, „einen bescheidenen Beitrag zu einer Revolution leisten, die die Welt der tausend Völker und der freien Menschen vor dem Sklavendasein in einer `Neuen Weltordnung´ bewahrt." Ihre Feindbestimmung, die Protagonisten der „Neuen Weltordnung", sind die USA, Freimaurer und, mit antisemitischem Unterton, verschiedene „andere Logen und Geheimbünde".

Die von ihnen gegründete Initiative IDM versteht die Band als eine deutsche Entsprechung des französischen Netzwerkes „Rock Identitaire Francais" (RIF), der sie sich als erste deutsche Band angeschlossen haben.

Ähnlich dem RIF-Netzwerk, das in Frankreich fest in der extremen Rechten verwurzelt ist, ist auch bei der deutschen Initiative der Begriff der „Identität" zentral. Anders jedoch als im öffentlichen Diskurs stehen dabei nicht kulturelle Aspekte im Vordergrund, sondern die beschworene „Identität" wird hier national-politisch verstanden und völkisch hergeleitet. Die sich daraus ergebende „völkische Vielfältigkeit" in Europa wird schließlich über die vermeintlich verbindende europäische Kultur des Abendlandes hergeleitet. Für die politische Zielsetzung von IDM bedeutet das den Vorrang des völkisch Nationalen vor dem kulturell Europäischen unter dem Slogan „Gemeinsam gegen One-World".

Beabsichtigt war und ist mit der Initiative den bisherigen Rahmen des in der rechten Skinhead-Szene verankerten RechtsRock zu verlassen und zielgerichtet auf Bands anderer musikalischer Stile zu zugehen. So warb die Band beispielsweise auf dem „Liedg(l)ut-Fest" der nationalrevolutionären Zeitschrift „Wir Selbst" im Oktober letzten Jahres in Vlotho um Interessenten ebenso wie auf dem letztjährigen „Wave-Gotik-Treffen". Aus dieser Szene bekennt sich mittlerweile die von Josef Klumb und Raymond Plummer getragene Band „Von Thronstahl" zu der Initiative wie auch die Heavy-Metal-Band „Megalith", die Band „Landsturm" sowie seit des vergangenen Novembers die altbekannte RechtsRock-Band „Nordwind". Publizistisch flankiert werden soll IDM von dem Magazin „Der Ruf nach Freiheit" (Filderstadt), das bisher als RechtsRock-Fanzine galt.

Doch der durchschlagende Erfolg des Konzeptes bleibt hier wie auch in Frankreich aus. Einzig das Internet-Forum von IDM erhält starken Zuspruch. In ihm tummeln sich Vertreter der „Anarchistischen Pogo Partei Deutschlands" (APPD), Dark-Waver, nationale Anarchisten und nationale Aktivisten unterschiedlichster Coleur. Allerdings wird hier weniger kritisch-reflexiv über das Thema „Identität" diskutiert, sondern vielmehr die Feindbestimmung im Kampf gegen die Globalisierung konkretisiert: „Es gibt nur einen Kampf und der ist gegen die jüdischen Bosse oder Illus!", schreibt V.P.A.M. unter dem Stichwort „Zeitgeschichte". Im Forum „Musik" dreht sich die Diskussion vor allem um Neo-Folk, eine Stilrichtung des Dark-Wave. In diesem virtuellen Raum ist es IDM scheinbar gelungen, einen Fuß in eine andere Szene als den Skinhead-Rock zu setzen. Entsprechend werben die Protagonisten von IDM denn auch um Akzeptanz für die anderen: „Warum soll es im Nationalen Widerstand nicht auch eine eigene Schwarze Szene geben?"

Doch während sich die Initiative im virtuellen Raum zwar auszubreiten scheint, fühlen sich die etwas feinsinnigeren Vertreter der „Schwarzen Szene" auf ihren Feiern von dem tumb-neonazistischen Auftreten jener neuen Besucher eher abgestossen. Und so bleibt der Unterstützerkreis wohl erst einmal auch weiterhin beschränkt auf die klassische extreme Rechte, wie die Verlinkung von NPD/JN, dem „Club 88", dem „Nationalen Widerstand" bis zur „Jungen Freiheit" auf die IDM-Webseite zeigt.

Von Rock, Rasse und Nation

Magazine der RechtsRock-Szene

Fanzines, ein zusammengesetztes Kunstwort aus Fan und Magazine, sind von Fans selbst herausgegebene Medien in den Musikszenen verschiedenster Couleur.

von Liane Dubowy & Christian Dornbusch

Seit der Entstehung des RechtsRock in den 1980er Jahren existierten über 180 verschiedene Hefte. Für die extrem rechte Musikszene, die von öffentlichen Medien wie Radio oder Fernsehen ausgeschlossen ist, sind diese Blätter einerseits wichtiges szeneinternes Kommunikationmittel, aber auch Sprachrohr für die eigene politische Überzeugung. Die HerausgeberInnen präsentieren darin aktuelle RechtsRock-Bands, rezensieren deren Tonträger, berichten von Konzerten, tauschen Klatsch und Tratsch aus und betreiben mehr oder weniger explizit politische Propaganda.

Die Magazine lassen sich grob in zwei Kategorien unterteilen: subkulturell angebundene Fanzines und politisch orientierte Hefte. Obwohl sehr idealtypisch betrachtet, ist diese Unterscheidung doch für die LeserInnen von Bedeutung.

Fanzines wie das „Tollschock" (Heroldsbach), die sich eher in der „unpolitischen" Skinhead-Szene verorten, präsentieren ihren LeserInnen neben Interviews mit Punk- oder Skinhead-Bands auch gängige RechtsRock-Bands - für sie nur eine Facette der variantenreichen Skinhead-Szene. Extrem rechte Ideologie wird hier mehr oder weniger nur zwischen den Zeilen angedeutet.

In Magazinen wie „Foier Frei" (Limbach/Oberfrohna), „Violence" (Braunschweig) oder „Lokalpatriot" (Bamberg) hingegen bricht die musikalische Ambivalenz und es werden beinahe ausschließlich RechtsRock-Bands vorgestellt. Die MacherInnen der Magazine verdeutlichen mit dieser Auswahl, dass sie tief in der extrem rechten Kultur-Szene involviert sind.

Hierzu ist auch das Hildener Magazin „Rock Nord" zu zählen, das mit Hochglanz-Aufmachung und dem anvisierten Käuferspektrum der nicht-glatzköpfigen RechtsRock-Hörer auf einen etwaigen Kioskverkauf setzt und weitere Popularisierung der Musik hofft. Eindeutig politische Statements fehlen in diesen Magazinen jedoch.

Im Gegensatz dazu sind in Magazinen wie „Ostara" (Sangershausen), „Unsere Welt" (Bielefeld), „Iron Youth (Nürnberg) oder „Volkswille" (Guben) politische Inhalte fester Bestandteil. Doch erst in den sog. Polit-Zines wie „Der Förderturm" (Duisburg), „Der Frontsoldat" (Weißwasser), „Der Landser" (Nürnberg), „Fahnenträger" (Wolfen) oder „Triskele" (Essen) kippt der musikalische zugunsten des politischen Anteils. Hier wird in zeitgeschichtlichen Artikeln die Kriegsschuld geleugnet, das Dritte Reich glorifiziert und über den „Friedensflieger Heß" schwadroniert, für anstehende Demonstrationen geworben sowie über Aufmärsche berichtet.

Während derzeit in der Öffentlichkeit das Internet als das gefährlichste Kommunikationsmittel der extrem rechten Szene dargestellt wird, bleiben Fanzines weiterhin unbeachtet. Doch leisten gerade sie einen großen Beitrag zu Zusammenhalt und Vernetzung der RechtsRock-Szene.

Liane Dubowy hat für das im Februar 2002 erscheinende Buch „RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien" einen Beitrag zum Thema Fanzines verfasst.

„Nobody's Hero" - Punkrock für den Führer

von Ingo Thaler

Seit Anfang 2000 erscheint mit dem „Nobody's Hero" ein Fanzine aus Thüringen,das sich selber als „patriotisches Punk und R.A.C. –Zine" bezeichnet.

Die Verbindung von Punk mit „Rock against Communism" (RAC), eine häufig verwandte Selbstbezeichnung der RechtsRock-Szene, wirkt zunächst widersprüchlich. Doch die Ursprünge des rechten Skinhead-Rock liegen in der „Oi"-Musik, die sich aus dem Punk der späten 1970er Jahre entwickelt hat. „Oi" war die Musik — gespielt von Bands wie „Sham 69" oder „The Cockney Rejects" — der damals noch nicht politisch ausdifferenzierten Skinhead-Szene. Ihre Inhalte orientierten sich an konservativen Wertmaßstäben und längst überholten Männlichkeitsvorstellungen, einem stark ausgeprägten Arbeitsethos und implizierten einen patriotischen bis nationalistischen Gestus, der eine latente Anfälligkeit gegenüber rechten Ideen offenbarte.

Lange Zeit galt Punk ausschließlich als Links kodiert. Doch mit seinem Einzug in den musikalischen Mainstream und seiner stilistischen Erstarrung wurde es möglich, den Stil von rechts zu adaptieren. Exemplarisch steht dafür die 1993 gegründete schwedische Punk-Rock-Band „Midgard Söner", die inhaltlich auf Nationalismus setzten. Mit solchen Vorzeichen wurde nun mehr Punk im RechtsRock akzeptiert.

Das Jenaer Fanzine „Nobody's Hero" kommt aus dem Umfeld der „Bootboys Thüringen". Obwohl das Logo des „Sun Wheel Punk", das Seitenprofil eines Punk mit integrierten Symbol der „Schwarzen Sonne", suggeriert, dass es inhaltlich vor allem um Punk-Rock gehen würde. Aber ebenso wie die Macher des Magazins vorwiegend aus der extrem rechten Skinhead-Szene stammen, dominiert RechtsRock im Heft. Interviews mit „Ultima Thule" oder „Kampfzone" werden flankiert von Werbeanzeigen der neonazistischen Versände „Panzerfaust Records" (USA) oder „Hate Records" (Sebnitz). Lediglich Anzeigen des „Punk-Rock"-Labels und -Versands „Scumfuck" (Dinslaken), des Ladengeschäftes „Rascal" (Chemnitz) sowie des rechtsradikalen Labels „DIM Records" (Coburg) zeugen von der Schnittmenge zwischen extrem rechter Skinhead-, politisch-ambivalenter bzw. rechter „Oi"- und Punk-Rock-Szene, die hier bedient werden soll.

Aufgrund des dominanten RechtsRock-Anteils ist das Fanzine nur ein weiteres unter vielen in dieser Szene und der Anspruch, „Punk und R.A.C." zu sein, mehr Attitüde als Realität.

RechtsRock-Szene in Italien



In den letzten Jahren hat die italienische RechtsRock-Szene zunehmend internationalen Charakter angenommen und die Vernetzung mit der „Blood & Honour"-Szene ist offensichtlich. Kontakte nach Deutschland gibt es reichlich, doch einige Differenzen gestalten die Zusammenarbeit schwierig.

von Liane M. Dubowy

Italienischer RechtsRock steht mit Bands wie „Gesta Bellica", „Zetazeroalfa" oder „Block 11" in der deutschen Skinhead-Szene hoch im Kurs. Mehrere Fanzines, wie etwa die aktuellen Ausgaben des „Violence" aus Braunschweig oder des „Lokalpatriot" aus Bamberg, warten mit mehrseitigen Specials über die RechtsRock-Szene Italiens auf, Interviews mit italienischen Bands finden sich schon seit längerem in vielen Blättern. Auch italienische Fanzines wie „Groarrr!" (Verona), „Offensiva" (Genua) oder „Spirit of 88" (Mailand) – von denen noch dazu nur Letzteres auch mit englischen Texten aufwartet – sind den deutschen Magazinen eine Rezension wert. Ebenso finden italienische Fanzines Gefallen an deutschen RechtsRock-Bands, wie man anhand der Fanzines „Marchio Indelebile" aus Bologna oder „Groarrr!" ersehen kann, die unter anderem CDs von „Holsteiner Jungs", „Freikorps", „Spreegeschwader", „Sturmtrupp", „Asgard" und „Nordwind" vorstellen. Hin und wieder geben deutsche Fanzines auch Konzerttermine in Italien bekannt, wie die Web-Ausgabe des „Victory or Valhalla", die auf das „Ian Stuart Memorial Konzert" im September 2001 in Verona aufmerksam machte.

Konzerte – sei es in Italien mit deutschen Bands oder umgekehrt – sorgen dafür, dass sich die Szeneangehörigen auch persönlich kennen lernen. Gelegenheiten dazu gab es im letzten Jahr immer wieder, etwa am 16. Juni 2001 als die deutsche Band „Spreegeschwader" mit anderen Bands in Bologna spielte. Erst Ende August 2001 organisierte die norditalienische Skinhead-Vereinigung „Veneto Fronte Skinheads" (VFS) ein Treffen unter dem Motto „Ritorno a Camelot", das Themen wie Globalisierung und die „Repubblica Sociale Italiana" (RSI) zur Diskussion stellte, und verknüpfte dieses mit einem internationalen Konzert mit „Ultima Frontiera" (Gorizia), „Onda d'Urto" (Bologna), „Peggior-Amico"-Nachfolger „Armco" (Vicenza), „Konkwista 88" (Polen), „Noie Werte" (Deutschland), „Gesta Bellica" (Verona) und „Legion of St. George" (GB).

Knackpunkt Südtirol

Doch nicht immer feiern und tanzen deutsche und italienische Neonazi-Skinheads einträchtig auf internationalen Konzerten. Vor allem die Südtirol-Frage birgt Konfliktpotential. Bei einem Konzert in Südtirol mit der deutschen Band „Vogelfrei" kam es deshalb zu Auseinandersetzungen: Südtiroler Skinheads wollten VFS-Mitgliedern den Zutritt verweigern, da diese auf die italienische Zugehörigkeit Südtirols bestehen, während für die Meraner Neonazi-Skinheads das Motto „Südtirol bleibt deutsch" gilt. Die darauf folgende Massenschlägerei wurde von der italienischen Polizei aufgelöst. Manche Bands, wie etwa die Römer von „Zetazeroalfa" äußern sich, etwa auf die Frage des Fanzines „Lokalpatriot" nach ihrer Einstellung zu Südtirol, deshalb nur vorsichtig: „Was sollen wir antworten? Sollen wir sagen „deutsch oder österreichisch", um die Gunst Deines Publikums zu gewinnen? Oder sollen wir sagen „italienisch", um kleinbürgerlichen Nationalismus zu beweisen?"

Hochburg Veneto

Seit Mitte der 90er Jahre wird RechtsRock auch in Italien verstärkt vermarktet, wobei die geografische Lage der Labels die drei regionalen Schwerpunkte des italienischen RechtsRock nachzeichnet. Die norditalienische Region Veneto verfügt bereits seit den 80er Jahren über eine aktive Szene und mit der VFS über die älteste und strukturierteste politische Organisation im italienischen Rechtsrock, die Konzerte und Treffen organisiert und die Fanzines „All out attack", „L'Inferocito", „Blitzkrieg", „Risveglio Europeo" und „Azione Patavium" herausgibt. Sowohl die Bandmitglieder von „Peggior Amico", einer der bedeutendsten italienischen RechtsRock-Bands der 90er Jahre, sowie von „Gesta Bellica" gehören der VFS an, die gute Kontakte zur internationalen „Blood & Honour"-Szene pflegt. 1992 wurde mit „Riot Service" ein erster Versand aus diesem Spektrum gegründet, 1993 rief dann „Peggior Amico"-Schlagzeuger und VFS-Gründungsmitglied Massimo Bellini mit anderen das Label „Tuono Records" in Vicenza ins Leben, das innerhalb weniger Monate auch verlegerische Aktivitäten aufnahm und seither das Mailänder Fanzine „Assalto Sonoro" sowie seit 1995 „Groarrr!" herausbringt.

In Rom, wo sich Mitte der 80er Jahre eine RechtsRock-Szene um die Band „Intolleranza" bildete, stieg mit der Gründung von „Rupe Tarpea Produzioni" (RTP) 1995 ein weiteres Label in das RechtsRock-Geschäft ein. RTP, das sich als „metapolitisches Projekt" begreift und als musikalischer Teil der nationalrevolutionären „Cooperativa Perimetro" fungiert, gibt neben der Produktion von Tonträgern ein vierteljährliches Blatt mit dem Titel „NonConforme" heraus, veranstaltet Konzerte und unterstützt andere mit Logistik und Kontakten dabei, dies zu tun.

Mit einiger Verspätung hat sich auch in Mailand eine Rechtsrock-Szene entwickelt, die aber bis heute nur wenige Bands hervorgebracht hat. Mit „A.D.L. 122" entstand dort 1993 eine Band von internationaler Bekanntheit, die sich aber Mitte der 90er Jahre wieder auflöste. 1995 wurden auch in Mailand neue Labels gegründet: „Assalto Sonoro Records" sowie „Barracuda Records" im nahen Sovico. Mit „Cosmorecord" existiert dort seit Mitte der 90er Jahre außerdem ein Label, das sich der Neuauflage älterer Veröffentlichungen widmet.

Staatsmittel für Nazi-Versand

Auf Mitte Dezember 2001 war der Prozess gegen den Besitzer der Firma „HA-Records", Mirko Hesse, terminiert. Hesse, der mit seinem florierenden Versandhandel als Schlüsselfigur der sächsischen Neonazi-Szene gilt, wird Volksverhetzung, Waffenbesitz und Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz vorgeworfen. Jetzt wurde bekannt, dass Hesse seinen 1997 gegründeten Versandhandel mit staatlicher Unterstützung aufbauen konnte. Insgesamt soll er 13.000 Mark an Fördergeldern für den Weg von der Arbeitslosigkeit in die unternehmerische Selbständigkeit erhalten haben.

Poésie du mal

Faschistoide Ästhetik im Darkwave

Eine Filmdose, die LP´s enthält, eine feine Pappschachtel mit CD und eine CD in einem dünnen Buch, umschlagen mit feinem schwarzem Papier. In diesem exklusiven Design präsentieren rechte Darkwave-Labels drei neue Compilations aus der Schwarzen Szene. Das Elitäre des Stils korrespondiert mit den Positionen des ästhetischen Fundamentalismus der rechten Darkwaver.

von Jan Raabe & Andreas Speit

Die Compilations behandeln alle ein Motiv, und sie alle spiegeln Segmente des rechten Ideologiekanons wieder, wie sie in der schwarzen Szene virulent sind. Schon 1999 konzipierte das Dresdener „Eis & Licht" Label einen Sampler, auf dem Bands von Industrial bis Neofolk dem italienischen „faschistischen Guru Julius Evola" (Umberto Eco) huldigen. Um die politische Message der ästhetischen Projekte zu vermitteln, werden nicht nur die Songelemente der CDs, sondern auch das Artwork der Booklets aufeinander abgestimmt.

„Eros & Thanatos" ist das Thema des Samplers „Le jardin des supplices" von „Abstract" aus Bern, mit dem die Bands Arnold Böcklin (1827 – 1901) ehren möchten. Das Motto soll den Drang nach dem lieblich Göttlichen und den Trieb zum Tödlichen des Gesamtwerkes des Schweizer Malers widerspiegeln. Bereits Thomas Mann war von Böcklins melancholischer Stimmung, die sich zu einem düsterem Ernst steigerte, beeindruckt. „Dort knien ihr Menschentum feierlich vor dem Heiligen erniedernd, priesterlich verhüllte Gestalten", beschreibt Mann Böcklins „Heilige Hain" und, „wer in diesem Bild (...) eine Beleidigung der Menschenwürde erblickt, den dürfte man Banause nennen". Denn schließlich sei „die Humanität des emanzipatorischen Fortschritts entweder nicht die wahre, oder nicht die ganze Humanität"; denn wie sollte „ein Werk inhuman genannt werden dürfen, das dem von Frechheit, Schlechtigkeit und Pöbel-Gier gehetzten Blick eine (...) Traumzuflucht würdevoll-demütiger Menschenanstandes bietet?". Auf Charles Baudelaire und André Gide rekurrierend versuchen die Bands den antimodernistischen Tenor musikalisch zu reflektieren. Die italienische Gruppe „Anima in Fiamme" setzt akustisch die „Ambivalenz zwischen Sehnsucht und Tod" um, und wesentlich schicksalhafter beschwören „Forseti" aus Jena, unterlegt mit Gitarre und Flöte, ein „namenloses Bangen über der Natur". Getragen klagt Andreas Ritter: „Es rauschten rings die Wälder als träumten sie vom Tod". Alle Gruppen vertonen den tragisch-dramatischen Kampf zwischen Eros und Thanatos. „Seven Pines" aus Frankreich versucht die Stimmung von Böcklins „Todesinsel" mittels Flöte und liturgischem Gesang zu erfassen. Und „Ostara", deren Name an den Ariosophen Lanz von Liebenfels erinnern soll, träumt von der verlorenen Welt.

Die „verlorene Heimat" ist das Thema von „Za dom Spremni". Überschrieben ist der Sampler mit dem Datum der Gründung des Unabhängigen Kroatiens, dem 10.04.1941. Mittels heroischer Stilelemente glorifizieren die Bands den Staat und suggerieren heroisch – „Für die Heimat bereit". Eine politische Positionierung, denn dieses Kroatien wurde mit den Einmarsch deutscher Truppen in Zagreb von der „Ustascha", einer faschistischen Bewegung, gegründet. „Von Thronstahl" intonieren in bombastischem Stil ihr Lied „Das neue Reich", in dem „der entscheidende Kampf um Europas Zukunft" beschworen wird. Das Projekt um den Berliner Axel Frank trägt mit seinem Balladengesang „Heiliger Krieg" dazu bei, die Ermordung Hunderttausender Serben und Juden zu verklären. Auf dem Sampler überwiegen deutsche Gruppen wie „Osvit" um Marco Thiel (Berlin) und „S.R.P." um Heiner Gehring (Oldenburg). Mit der Band „Stalingrad" von Angelo Bergamini ist aber auch ein Musiker des Mainstream-Dark-Wave vertreten.

Die „Erinnerung an den Kampf" rufen die Bands auf der Compilation anläßlich des 102. Geburtstages Corneliu Zelea Codreanus aus Rumänien wach. Codreanu (1899 – 1938), der die faschistische „Legion des Erzengels Michael" und „Eiserne Garde" anführte, entwarf einen sakralen Mythos aus christlichen und antisemitischen Segmenten, kombiniert mit einer „Religion des Todes" (Furio Jesi). „Juden fressen sich", nach Codreanu, „wie die Pest in den Boden und in den Leib des Volkes." Im Booklet würdigt indes der Wiener Martin Schwarz, der auch im Evola-Sampler die Einleitung verfasste, alleine Codreanus Kampf gegen die „Feinde Rumäniens". Auf dem Sampler findet sich ein Patchwork der Symbolik getreu den Ideologemen Codreanus wieder, die auch in den Liedern rezipiert wird. Robert Taylor (USA) besingt mit seiner Band „Changes" den „Dream of the Fatherland" im Balladenstil, „Foresta Di Ferro" (I) beschwört die Garde als „Militia Christi", und „Londinum Spqr." „Europa - Long live Death". Kampf und Opfergang bilden die zentralen Motive des Samplers, der als Lösungsweg ein spirituelles Europa propagiert.

Die Kombinationen der Symbole und Metaphern impliziert bei allen Samplern das Politikum des ästhetischen Fundamentalismus. Sei es die Anmut und Demut vor der ewigen Reinheit und schicksalhaften Tiefe, wie auf dem Sampler für Böcklin; sei es die Huldigung und Verherrlichung des Kampfes für die Heimat, wie bei der Compilation für die Ustascha. Oder sei es die Verklärung und Beschönigung des Mordens und Vernichtens, wie auf dem Sampler für Codreanu. Die Protagonisten des rechten Darkwaves ästhetisieren so nicht nur symbolisch und intellektuell Codierungen antimodernistischer Ressentiments, sondern vitalisieren auch faschistoide Konzepte. Avantgarde oder gar nonkonform ist dieser Ästhetizismus nicht.

Kein Proberaum für „Blutrausch"

Die Gaststätte „Reißverschluss" im baden-württembergischen Wehr wurde Ende November letzten Jahres endgültig geschlossen. Einem Bericht des örtlichen „Südkurier" zufolge gibt der Pächter aus wirtschaftlichen Gründen auf. „Jetzt kommen weder die Skinheads, noch die anderen Gäste", erklärte der Pächter gegenüber dem "Südkurier". Im „Reißverschluss" fanden in der Vergangenheit Veranstaltungen der rechtsextremen Szene statt. Im Keller des „Reißverschluss" hatte die rechtsextreme Musikgruppe „Blutrausch" ihren Proberaum. Die Szene-Band trat wiederholt in der südbadischen Gaststätte auf und muss sich nun wohl ein neues Domizil suchen.

„Neue deutsche Härte"



Joachim Witt

Nationalisierung durch Musik.

„Neue deutsche Härte" lautet die Etikette, unter der Bands wie „Rammstein", „Lacrimosa", „Witt" oder „In Extremo" gehandelt werden. Ihre Musik lässt sich als eine Mischung aus Metal, Hardcore, mittelalterlicher Folklore und martialischen EBM-Rhythmen, manchmal auch Gothic und Dark Wave (bei „Witt") beschreiben, gerne also als Mix aus sowohl brachialen wie sentimentalen Elementen.

von Martin Büsser

Allerdings versteht sich keine dieser Bands explizit als rechts. Und doch haben zwei Videoclips nicht ohne Grund eine Diskussion darüber entfacht, inwieweit mit diesen Band eine rechte Ästhetik auf symbolischer Ebene wieder hoffähig gemacht wird. „Stripped", ein Video von „Rammstein", bestand aus einer Montage von Filmsequenzen aus Leni Riefenstahls propagandistischem Olympiade-Film, unkommentiert und ohne genaue Hinweise auf den historischen Kontext inszeniert; das Video von Joachim Witts „Die Flut" zeigte einen in weiß gekleideten „Herrenmenschen", der über auf dem Boden durch den Schlamm kriechende Massen von „Untermenschen" zu einem Boot schritt und die große, allen Schlamm wegspülende Flut besingt. Assoziationen zum „Das Boot ist voll"-Slogan der Volksparteien sind hier ebenso naheliegend wie zu antisemitischer Nazipropaganda, etwa der Darstellung von Juden als Rattenplage.

Um zu verstehen, wie eine solche Ästhetik mit all ihren politischen Implikationen in den Pop-Mainstream hat Einzug finden können, ist eine kurze Vorgeschichte notwendig. Mitte der 1990er Jahre, zu einer Zeit, als hierzulande vor allem eine Jugendkultur die Medien beherrschte, nämlich die brandmordenden Neonazis, fiel einigen Vertretern des Musikgeschäfts nichts besseres ein, als sich für eine Neubewertung deutschsprachiger Musik im Sinne „deutscher Pop-Identität„ (Dieter Gorny) auszusprechen. Heinz Rudolf Kunze forderte im Interview mit dem „Spiegel" eine Radioquote für deutsche Musik nach französischem Vorbild und bedauerte, dass Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg musikalisch von „ausländischem Schund" heimgesucht worden sei, ganz so, als sei deutsche Popmusik je frei von der - fragwürdig subjektiven - Kategorie Schund gewesen. Altrocker Achim Reichel formuliert es noch etwas schärfer: „Jetzt, da die Siegermächte ihre letzten Besatzungstruppen abgezogen haben, müsste es doch das Interesse einer jeden Partei sein, unserem Land nicht seine eigene Gegenwartskultur vorzuenthalten." Und spricht schließlich im Branchen-Fachblatt „Rockmusiker" (1996) „von einer beispiellosen Vernichtungsaktion unserer einheimischen Musik". „Viva"-Chef Dieter Gorny schließlich erfüllte die Quote und verkündete allen stolz, ob sie es hören wollten oder nicht, dass auf seinem Sender 40% deutsche Produktionen gespielt würden.

Es würde hier zu weit führen, die Ursachen für eine so geballte Renationalisierungs-Attacke in der Popbranche zu analysieren, bei der mehr oder minder verhaltener Chauvinismus mit Profitinteressen Hand in Hand ging. Interessant ist jedoch, dass genau diese Debatte den Nährboden für das Aufkommen der „Neuen deutschen Härte" bildete, also für eine Popästhetik, die ein ganz neues (und andererseits auch nur allzu bekanntes) Bild von Deutschsein, von „deutscher Pop-Identität" in den Charts und Videokanälen etablierte.

Es macht wenig Sinn, explizit rechte Inhalte aus Texten von Bands wie „Rammstein" lesen zu wollen; Reaktionäres und Faschistisches drückt sich bei ihnen vielmehr auf der Ebene neuer Körperbilder aus, wo Männlichkeit und athletische Körper als Wert im Sinne des „Survival of the Fittest" heroisiert werden - „Rammstein" im Interview mit dem Veranstaltungsmagazin „Concert„: „Wir sind `ne Rotte. Ein Rudel, wo sich die, die am lautesten bellen, durchsetzen." Entsprechend auf Unterdrückung und Gehorsam angelegt ist auch das Frauenbild, das „Rammstein" präsentieren, nachzuhören auf „Rein raus", einem Song ihres jüngsten Albums „Mutter": „Ich bin der Reiter / du bist das Ross / ich steige auf / Wir reiten los / Du stöhnst, ich sag dir vor / Ein Elefant im Nadelör / Rein raus / (...) Der Ritt war kurz / Es tut mir leid / Ich steige ab hab keine Zeit / Muss jetzt zu den andern / Pferden / Wollen auch geritten werden."

Die „Neue deutsche Härte" spielt in mehrfacher Hinsicht mit dem Feuer und versucht zugleich, sich jeglicher politischer Verantwortung zu entziehen. In einem Interview mit „Visions" äußerten sich Rammstein: „Motor (die Plattenfirma, d.V.) verlangte ganz am Anfang mal, dass wir wie die Krupps ein durchgestrichenes Hakenkreuz mit Papierkorb auf unsere Platten malen, denn EBM galt als rechts. Aber so sind wir nicht. Warum sollten wir uns im Vorfeld für etwas entschuldigen, was mit uns gar nichts zu tun hat?" Diese Äußerung ist lachhaft: Wenn eine Band mit rechter Ästhetik assoziiert wird, dann nicht „Die Krupps", sondern „Rammstein". Es passt jedoch zum neu erstarkten Nationalismus, Feuer, Muskeln und Trommelwirbel so zu betrachten, als ließe sich diese Ästhetik völlig von den mit ihr verbundenen politischen Traditionen und Ritualen loskoppeln. Der Regisseur des berüchtigten „Stripped"-Videos von „Rammstein" beteuerte, er habe bewusst darauf geachtet, nicht nur Hakenkreuze, sondern sämtliche Elemente rauszuschneiden, die auf den historischen Kontext (der Nazizeit) verweisen. Genau diese Entkontextualisierung spricht der Nazi-Ästhetik jedoch einen zeitunabhängigen Reiz zu und enthebt sie jeglicher politischen Dimension. Dies unterscheidet die „Neue deutsche Härte" vom Rechtsrock: Sie benutzt nicht rechte Ideologie, sondern „nur" rechte Bilder im naiven Glauben, daß deren Faszination ohne ideologischen Überbau ungefährlich, am Ende gar unpolitisch sei.

Von Martin Büsser erschien kürzlich: „Wie klingt die Neue Mitte? Rechte und reaktionäre Tendenzen in der Popmusik", Mainz: Ventil Verlag 2001, 142 Seiten, 11,90 Euro.

Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern

Erfolgreiches Organisierungsmodell der Neonazis

Die Strategie der Neonazi-Kader, durch das Organisierungsmodell der Kameradschaften staatlichen Parteien- und Organisationverboten zuvorzukommen und die rechtsextreme Szene zu radikalisieren, ist in Mecklenburg-Vorpommern sehr erfolgreich. Die „Freien Nationalisten" haben auch hier der NPD den Rang als aktivste Organisation abgelaufen.

von Mareike Jörns

Noch wird allerdings Hand in Hand gearbeitet: Oft werden Neonazi-Aufmärsche von der NPD angemeldet und von den Kameradschaften organisiert und zur Mobilisierung ihrer Anhängerschaft genutzt. Aber im Gegensatz zu den „systemkonformen" Parteien sind die Kameradschaften soziale Zusammenhänge, die für rechte Jugendliche wesentlich attraktiver und vor allem sozial tiefer verankert sind. Das Identität und Zusammenhang stiftende Moment ist nicht ein Parteiprogramm, sondern die Integrationskraft der Gruppe, der rechten Freundesclique. Der Versuch, mit diesem Modell Einfluss auf die gesamte Jugendkultur im Land zu erreichen und die angestrebte kulturelle Hegemonie auszubauen, ist das eigentlich Gefährliche.

Die Anfänge des Kameradschafts(un)wesens

Eine der ersten Kameradschaften waren die „Greifswalder Nationalsozialisten" unter Maik Spiegelmacher. Nach Angaben von Sicherheitsbehörden wurden sie 1991 gegründet. Spiegelmacher ist allerdings schon Nazi seit DDR-Zeiten. Drei Symphatisanten dieser Kameradschaft verübten im Oktober 1991 einen Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Nach ihrer Festnahme gaben sie an, von Spiegelmacher dazu angestiftet worden zu sein, der daraufhin zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Danach löste sich diese Kameradschaft erst einmal auf. In Wolgast war zwischen 1992 und 1993 die „SS-Division Walter Krüger" aktiv, die auch schon in den 80er Jahren dort ihr Unwesen getrieben hatte. Eine der ältesten, immer noch aktiven Kameradschaften ist der „Kameradschaftsbund Anklam" (KBA). Unmittelbar nach der Wende hatte sich in Anklam ein NPD-Verband konstituiert. Im Zuge der Kreisgebietsreform ging der Kreis Anklam im Kreis Ostvorpommern auf. Der NPD-Kreisverband wollte dies nicht mit machen und gründete 1992 den KBA. Der machte fortan mit Schlägereien, Friedhofsschändungen, Flugblättern und Kranzniederlegungen von sich reden.

Auch im Süden des Bundeslandes traten schon frühzeitig Kameradschaften in Erscheinung: Von 1992 bis 1994 organisierten sich Neonazis aus Neubrandenburg und Neustrelitz in einer „Kameradschaft Neubrandenburg". Diese Kameradschaft organisierte sich als ein Ableger der „Direkten Aktion/Mitteldeutschland" – einer Vorfeldorganisation der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front". Kurz vor ihrer Auflösung 1994 veranstalteten sie ein Konzert mit dem rechtsextremen Liedermacher Frank Rennicke in Penzlin mit über 100 Besuchern.

Im Landkreis Nordwest-Mecklenburg trugen viele rechte Glatzen von Anfang der 90er bis etwa 1998 Bomberjacken mit dem Schriftzug „Kameradschaftsbund Mecklenburg-Holstein". Diese Verbindung trat zwar sonst nicht in Erscheinung, dokumentiert allerdings die enge Zusammenarbeit der örtlichen Nazis mit Gleichgesinnten in Schleswig-Holstein, die immer noch besteht. Als am 13.6.1996 auf einem Campingplatz in Leisten eine Meute von 50 Nazis über eine Jugendgruppe aus Nordrhein-Westfalen herfiel und diese zum Teil schwer verletzte, waren neben Nazis aus Usedom und Wismar auch einige „Kameraden" aus Hamburg und Schleswig-Holstein dabei.

In Ostvorpommern sorgte 1997 eine Gruppe namens „Odins Rächer" für Schlagzeilen. Sie fuhren laut „Ostseezeitung" mit einem Konvoi aus zehn Fahrzeugen durch den Landkreis um „Kiffer aufzumischen". Die Polizei fand in den Autos u.a. Baseballschläger, Pistolen und Messer. Reste dieser Gruppe existieren in Klempenow noch immer, Schlägereien sind nach wie vor Teil ihrer Freizeitgestaltung. Als „Unabhängiger Freundeskreis" (UFK) bezeichnet sich seit 1997 die „Kameradschaft Neutotonia Neustrelitz", die rege Kontakte zu ehemaligen Mitgliedern der verbotenen FAP unterhielt. Unter dem neutralen Namen „Wanderfreunde e.V." versuchte diese Kameradschaft auch sehr junge Leute zu gewinnen und für ihre Arbeit Fördermittel von der Stadt zu beantragen. Seit dem tödlichen Verkehrsunfall ihres Anführers Ronny Klein 1998 ist es ruhiger geworden um den Neustrelitzer UFK.

Ein flächendeckendes rechtes Netz

Gegenwärtig existieren ca. 50 Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern. Davon spielen ungefähr 15 eine herausragende Rolle. Diese sind seit langem aktiv, überregional gut vernetzt, betreiben eigene Internetseiten und Infotelefone oder geben Fanzines heraus. Seit einigen Jahren führen Kameradschaften aus Vorpommern am Volkstrauertag - in ihrer Diktion „Heldengedenktag" - Kranzniederlegungen auf dem Golm durch. Die dortige Gedenkstätte erinnert an 23.000 Kriegstote, unter ihnen 3.000 Wehrmachtssoldaten. Ihnen huldigen jährlich bis zu 200 „Nationalisten" aus der Region. Auf den Kranzschleifen finden sich dann auch die Namen der lokalen Kameradschaften: „Kameradschaftsbund Anklam", „National-Germanische Bruderschaft", „Kameradschaftsbund der Insel Usedom" und „Nationaler Widerstand Pasewalk".

Der Schwerpunkt des Kameradschaftswesens liegt derzeit im Osten Mecklenburgs und in Vorpommern. Dort existieren nicht nur die meisten, sondern auch die zahlenmäßig stärksten Kameradschaften. Der „Kameradschaftbund Anklam" (KBA) bei–spielsweise hat einen Kern von ca. 20 Aktivisten und kann sich dazu auf ein Umfeld von rund 70 jüngeren Rechten stützen. Dementsprechend vielfältig sind auch die Aktivitäten des KBA und seine Verbindungen im Neonazi-Netzwerk. Seitdem sich in den 90er Jahren die Berliner „Blood & Honour"-Sektion aus dem Konzertbetrieb in Klein-Bünzow bei Anklam zurückzog, wurden die „White-Noise"-Konzerte von Führungskadern des KBA wie Sven Riske aus Karlsburg sowie Maik Schildt und Steffen Hoyer aus Anklam organisiert. Der KBA verfügt außerdem über gute Kontakte zu Hamburger Neonazis und arbeitet eng mit den Kameradschaften und rechten Cli-

quen der umliegenden Kleinstädte zusammen. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die „National Germanische Bruderschaft“ (NGB) und der „Kameradschaftsbund der Insel Usedom“ (KBU). Der Chef des KBU war der Anmelder eines Neonazi-Aufmarsches am 14.7.2001 in Neubrandenburg.

In der Region um Rostock spielt der „Kameradschaftsbund Mecklenburg“ (KBM) neben der „Kameradschaft Rostock“ und der „Kameradschaft Doberan“ eine wichtige Rolle im Nazinetzwerk. Die hier organisierten Nazis haben eine lange Geschichte, einige von ihnen waren Anfang der 90er Jahre bei der FAP und im Umfeld der „Hamburger Liste für Ausländerstopp“ aktiv. Der KBM verfügt über gute Kontakte ins ganze Bundesgebiet und nach Dänemark. Einer der Treffpunkte des KBM ist der kommunale Jugendclub „Max“ im Rostocker Stadtteil Gross-Klein. Wöchentlich treffen sich hier 20 bis 30 Mitglieder unter „Aufsicht“ der Club-Leiterin, die sich auch privat gern mit den Nazis zeigt. Das kameradschaftliche Treiben, darunter auch Nazi-Konzerte, werden von ihr mühevoll vor der Stadt gedeckt. Nach außen treten die Rostocker vor allem zum alljährlichen Gedenken am Todestag von Rudolf Hess in Erscheinung. Aber auch bei bundesweiten Nazi-Aufmärschen sind sie vertreten, zum Beispiel mit einem eigenen Transparent beim NPD-Aufmarsch gegen die „Wehrmachtsaustellung“ am 1.12.2001 in Berlin.

In Westmecklenburg ist das Kameradschaftsmodell noch in Entwicklung begriffen, jedoch haben sich auch hier inzwischen stabile Strukturen entwickelt, was vor allem mit dem massiven Zuzug von extrem rechten Kadern aus den alten Bundesländern zusammenhängt. Nazikader mit langer Erfahrung versuchen immer wieder, aus eher losen rechten Cliquen funktionierende Kameradschaften zu formen. In Ludwigslust lässt sich beobachten, wie aus einer großen, aber hauptsächlich mit Gewalt und Alkohol beschäftigten Skinheadszene eine politisch agierende Kameradschaft wird, wenn ein geschulter Ideologe für Disziplin sorgt. Aktive Neonazis gibt es in Ludwigslust schon lange. Seit 10 Jahren tyrannisiert eine rechte Szene mit großem Umfeld mit äußerster Brutalität Asylbewerber und nichtrechte Jugendliche. 1999 zog der Hamburger Klaus Bärthel mit seiner ebenfalls extrem rechten Ehefrau Annemarie nach Ludwigslust. Dort übernahm er die Aufgabe, durch Schulungen und Kameradschafts-Treffen die vorhandene Szene zu strukturieren. Am 16.10.1999 führte der frisch gebackene „Nationale Widerstand“ unter seiner Anleitung seine erste eigene Demonstration durch. Seit dem tritt diese Kameradschaft regelmäßig unter dem Banner „Nationaler Widerstand 88 Ludwigslust“ in Erscheinung.



Die Wirkung auf die Jugendkultur

Die besondere Brisanz der Kameradschaften und der „normalisierenden“ Arbeit der NPD liegt in ihrem Einfluss auf die Jugendkultur insgesamt. In Mecklenburg-Vorpommern kann von einer Dominanz rechter Weltbilder unter Jugendlichen ausgegangen werden: Nach aktuellen Studien stimmen 30 Prozent rechtsextremen Weltbilder zu, 36 Prozent äußern sich ambivalent und nur 34 Prozent nehmen eine eindeutig ablehnende Haltung ein. Rechtsextreme Musik wird an fast jeder Schule gehört und der Kleidercode von Neonazis und Rechten ist angesagt. Die organisierten Neonazis versuchen erfolgreich, immer jüngere Altersgruppen für sich zu gewinnen. Staatsschützer gehen davon aus, dass die so genannte „Baby-Skinszene“ schon 12- und 13-Jährige für sich gewinnt. Auch wenn die seit dem Sommer 2000 verstärkte staatliche Repression Wirkung zeigt: Überzeugte Neonazis sind nach übereinstimmnender Meinung von SozialarbeiterInnen und Staatsschützern kaum umzustimmen. Dieses Gemisch aus rechter Organisierung, der großen Akzeptanz rechter bis rechtsextremer Weltbilder in der Bevölkerung und der in bestimmten Regionen fast völlig fehlenden Gegenkultur oder -struktur lässt für die Zukunft nichts Gutes ahnen. Der Einfluss rechtsextremer Weltbilder reicht inzwischen weit über die „klassisch organisierten“ Neonazis hinaus. Auch weniger „professionelle“ Kameradschaften oder lockere Zusammenschlüsse von rechten Freundeskreisen entfalten große Wirksamkeit in den lokalen Jugendcliquen. Als starke soziale Zusammenhänge sind sie auch für vordergründig nicht rechte Jugendliche attraktiv, da sie besonders im Osten des Landes nahezu die einzigen greifbaren Sozialstrukturen darstellen. Was als Freizeitclique an der Tankstelle oder dem Bahnhofsimbiss beginnt, endet immer häufiger als Neonazi-Kameradschaft.

Die NPD versucht verstärkt, diese Entwicklung zu unterstützen, indem sie eigene Schülerinitiativen initiiert, so geschehen in Greifswald und Waren. Auch Bürgerinitiativen gegen die „Überfremdung durch Ausländer“ und Unterschriftenlisten zum selben Thema sind Propaganda-Methoden, mit denen die NPD nicht nur bei Jugendlichen Zustimmung bekommt. Nicht zufälligerweise sind die Themen Arbeitslosigkeit und „Ausländer“ die bevorzugten Felder der Rechtsextremen. Die gezielte Propaganda finden gerade bei diesem Thema große, wenn auch oft heimliche Zustimmung bei weiten Teilen der Bevölkerung. Dabei ist die NPD eher für den „rechten Bürger“ zuständig, während sich die Kameradschaften um die Jugend kümmern.

Die Politik der Landesregierung gegen Rechtsextremismus wirkt demgegenüber zahnlos: Mit Appellen für „Demokratie und Toleranz“ und einer starken Kriminalisierung der straffällig gewordenen Jugendlichen wird versucht, das Problem in den Griff zu kriegen. Dabei wird an den von den Rechtsextremen so geschickt lancierten Weltbildern aber kaum gekratzt. Sie befinden sich in zu großer Nähe zu dem, was landauf landab sowieso gedacht und auch gesagt wird. Der Versuch der „Staats-Antifa“, den Rechtsextremismus zu bekämpfen, ohne sich mit eigenen Inhalten zu positionieren und stattdessen die Kritik an den Neonazis im Wesentlichen auf den Gewaltaspekt zu beschränken, ist nicht Erfolg versprechend. Das zeigen die Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern ganz deutlich.

Dieser Artikel ist ein gekürzter Vorabdruck des Aufsatzes „Kameradschaftsboom in Mecklenburg-Vorpommern“, der im Januar diesen Jahres in einer Broschüre erscheint, die sich mit Nazistrukturen und gesellschaftlichen Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt. Sie basiert im Wesentlichen auf Interviews, die im Sommer 2001 mit verschiedensten Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen geführt wurden. Bezugsadresse: rat c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

Waffenfund bei Neonazi

Am 13. Oktober letzten Jahres wurden auf dem Parkplatz eines Elektronikmarktes in Berlin-Marzahn drei Männer von der Polizei bei einem Waffendeal gestellt. Verhaftet wurden der Neonazi Ronald S. (23) aus Berlin, der Brandenburger Frank M. (36) aus dem Türsteher-Milieu und die Rotlicht-Figur Norbert K. (37). Die Beamten beschlagnahmten bei Ronald S. einen 38er Spezial-Trommelrevolver und 49 Schuss Munition. Einen Tag später durchsuchten Beamte sechs Wohnungen in Berlin und Brandenburg. Bei Ronald S. wurde eine Pumpgun gefunden. In Teupitz (Brandenburg) und in Berlin-Köpenick entdeckte die Polizei zwei Waffenwerkstätten und eine Vielzahl verschiedener Waffen von Scharfschützen-Karabinern mit Zielfernrohren bis hin zum panzerbrechenden Geschütz. Drei weitere Personen wurden verhaftet. Nahe Strausberg (Brandenburg) wurde der mutmaßliche Boss der regionalen Türsteherszene, Marco M. (35) verhaftet, in Teupitz und in Berlin-Köpenick dieWaffenbastler Ralf B. (43) und Anton H. (47). Alle Verhafteten sind jedoch mittlerweile wieder auf freiem Fuß.

Bei dem Neonazi Ronald S. handelt sich sich mutmaßlich um Ronald Schmidt aus Berlin-Adlershof, welcher früher in der „Kameradschaft Treptow" aktiv war. Mitglieder dieser „Kameradschaft" fielen bereits in der Vergangenheit durch Verwicklungen in Körperverletzungen, eine Brandstiftung und einen Mord auf.

Mißlungener Aufmarsch und Anschlag in Nürnberg

„Ich bin glücklich, dass so viele Nürnberger dem Aufruf gefolgt sind, um den braunen Sumpfkröten zu zeigen, dass für sie kein Platz ist", erklärt Arno Hamburger, Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde. Über 3.000 Menschen stellten sich am 27. November 2001 den etwa 350 Neonazis in der Nürnberger Innenstadt entgegen. Die NPD-nahe „Bürgerinitiative Ausländerstop" hatte den Aufmarsch zur Unterstützung ihres OB-Kandidaten und Ex-NPD-Chefs Günter Deckert angemeldet. Aber kaum hatten sich die NPD-Getreuen am Ausgangspunkt versammelt, flogen Eier und Tomaten. Wegen der angespannten Situation verbot darauf hin die Polizeieinsatzleitung den Aufmarsch, ließ jedoch die Abschlusskundgebung auf dem Jakobsplatz zu. Als die Neonazis mit einer Sonder-U-Bahn zum Zentrum gebracht wurden, versammelten sich erneut über tausend GegendemonstrantInnen, und die Rede Deckerts ging in den läutenden Glocken der Jakobskirche unter. Die bayrischen Beamten schützten aber nicht nur die Nazikundgebung, sondern bemühten sich auch um die „rechte Stimmung". In der Nacht zum 23. Oktober letzten Jahres schmissen Anti-Antifa-Aktivisten die Scheiben der alternativen Monatszeitung „raumzeit" in Erlangen ein. Bei der regionalen Presse ging alsbald ein Bekennerschreiben ein. „Um die Stimmung nicht aufzuheizen", so ein Polizeisprecher, wäre dann ein „Stillhalteabkommen" mit der Presse vereinbart worden. Auch erst nach der Aktion erfuhr die „raumzeit"-Redaktion von der Polizei, dass ihre Adresse im Nazi-Fanzine „Landser" in der Rubrik „Anti-Antifa" aufgelistet war.

Wehrhafte Demokratie

Polizei greift Antifa-Blockaden in Heidelberg, Oldenburg und Leipzig an

Landauf, landab in der Bundesrepublik immer das gleiche Bild: Neonazis organisieren aus reiner Gier nach Provokation „Aufmärsche" und die Polizei knüppelt regelmäßig in antifaschistische Blockaden hinein, um sich nachher von ihren Polizeisprechern öffentlich rühmen zu lassen, die Antifaschistischen Demonstrationen von den Nazi-Aufmärschen erfolgreich getrennt und ein „größeres Blutbad" verhindert zu haben. Objekt polizeilichen Handelns sind die neu entstehenden antifaschistischen Blockadeaktionen, bei denen Menschen unterschiedlichster politischer Herkunft zusammenfinden.

von Raimund Hethey

Der 27. Oktober 2001 war kein guter Tag für Nationaldemokraten (NPD, JN) und ihr militantes Umfeld, die so genannten „Freien Kameradschaften" mit der Hamburger Zentrale um Christian Worch. Die Neo-Nazis hatten zu Aufmärschen in Heidelberg, Nürnberg und Oldenburg aufgerufen. Wenige hundert Anhänger sind den Aufrufen ihrer Führungen gefolgt. Wichtig ist den Organisatoren, dass Veranstaltungen in mehreren Städten gleichzeitig eine größere Medienpräsenz garantieren.

In Nürnberg versammelten sich ein paar hundert Anhänger der NPD-Tarnliste „Bürgerinitiative Ausländerstopp", die eine Kandidatur des früheren NPD-Vorsitzenden Günter Deckert zur Oberbürgermeisterwahl unterstützt. In Heidelberg und Oldenburg lieferte der Krieg in Afghanistan den Vorwand für die Aufmärsche. In Heidelberg, Nürnberg und Oldenburg störten Gegendemonstrationen und -kundgebungen mit einem breiten Spektrum antifaschistischer Kräfte die Aktionen der Neo-Nazis erheblich. Meist mussten die Neo-Nazis ihre Aufmärsche abbrechen oder ihre angemeldeten und juristisch durchgesetzten Marsch-Routen beträchtlich kürzen.

In Heidelberg zwangen über 2.000 AntifaschistInnen unter dem Motto „Fight Racism! - Smash Right!" die JN zu einer Verlegung ihres Aufmarsches in das benachbarte Ludwigshafen. Als die Neo-Nazis Heidelberg schon längst verlassen hatten, kam es zu einem heftigen Knüppeleinsatz der Polizei, die einen Verdächtigen aus der Menge heraus verhaften wollte, dem eine Beteiligung an der Demolierung zweier Polizeifahrzeuge unterstellt wurde. Bei dem unverhältnismäßigen Polizeieinsatz erlitten mehrere Menschen Kopfverletzungen.

Der Bundesvorstand der JN meldete sich aus dem sächsischen Riesa mit einer Presseerklärung, in der die Schmach in Heidelberg eingestanden wurde: „Die für den 27. Oktober in Heidelberg angemeldete Demonstration der Jungen Nationaldemokraten unter dem Motto „Globalisierung stoppen – Stoppt die Weltpolizei USA" musste aufgrund behördlicher Untätigkeit zur stationären Kundgebung umgewandelt werden." Ähnlich lauteten die Meldungen zu dem gescheiterten Aufmarsch von gerade mal siebzig Neo-Nazis im niedersächsischen Oldenburg. Hier hatte der NPD-Kandidat für die Kommunalwahl 2001, Markus Dallek, einen Aufmarsch angemeldet, dessen ursprüngliches Motto „Gegen den US-Imperialismus" in „Für Frieden und Freiheit aller Völker" umgeändert wurde. Der recht junge Dallek brauchte

nützt den Neo-Nazis


Foto: P. Jülich

In Leipzig versammelten sich am 3. November letzten Jahres erneut an der Ostseite des Hauptbahnhofes etwas weniger als 1.000 Neonazis unter der Leitung von Christian Worch. Worch hatte den Aufmarsch mit dem Ziel organisiert, sich für die Schmach vom 1. September zu revanchieren, an dem ca. 2.000 Neonazis gerade mal zweihundert Meter marschieren durften. Die Stadt hatte die Auflagen für die Neo-Nazis nochmals verschärft. Verboten war ein gleichzeitiges Tragen von „Bomberjacken" und „Springerstiefeln", das Mitführen von mehr als dreißig Plakaten und Fahnen sowie ein öffentlicher Auftritt von Steffen Hupka. Das Rufen von Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS", „Wir sind wieder da!", „Hier marschiert" - oder auch wahlweise „spaziert" - „der Nationale Widerstand" wurde ebenfalls untersagt. 2.000 Polizeibeamten aus dem gesamten Bundesgebiet waren im Einsatz.

die tatkräftige Unterstützung von Christian Worch aus Hamburg. Obwohl AntifaschistInnen aus Oldenburg erst wenige Tage vorher von dem Aufmarsch erfuhren, kamen über tausend Menschen zusammen, die den Nazis ihre Innenstadt nicht überlassen wollten. Die Polizei war von dem Andrang der Menschen so überrascht, dass sie von Anbeginn über 400 Menschen durch Einkesselung von den Antifa-Aktionen fern halten wollte. Das führte zu weiteren Solidaritätshandlungen, auch von älteren BürgerInnen der Stadt, so dass der Kessel nach zwei Stunden von der Polizei aufgegeben werden musste. Als die Neo-Nazis versuchten auf einer neuen Route in die Innenstadt zu gelangen, wurden sie massiv mit Obst, Eiern und Kompost-Tüten empfangen. Eine schwer zu kontrollierende Menschenmenge verhinderte durch erneute Blockade den Weitermarsch der Neo-Nazis. Zwar prügelte die Polizei unverhältnismäßig hart in die Menschenmenge hinein, um vorher abgefilmte Personen zu verhaften, aber sie konnte die Blockade nicht brechen und das, obwohl sie mit 800 Polizisten (SEK, BFE, Hundestaffel) und etlichen Gerätschaften wie Hubschrauber, zwei Wasserwerfern, Räumfahrzeug, und 2 Gefangenenbussen aufgefahren war. Durch Knüppel- und Pfefferspray-Einsatz wurden einige Menschen verletzt, zehn Personen wurden „In-Gewahrsam-genommen". Vier Tage später erfolgte im Stadtrat eine Danksagung des Rates der Stadt an die friedlichen DemonstrantInnen.

Auch in Nürnberg verhinderten tausende Menschen den geplanten Demonstrationszug der Neo-Nazis durch die Innenstadt (s. Meldung S.14).

Offensichtlich versuchte die Polizei durch Hinhaltetaktik die Marschroute der Nazis wieder zu verkürzen. Als der für 12.15 Uhr angekündigte Marsch um 15.30 Uhr den Bahnhofsvorplatz verlassen konnte, musste er sogleich angesichts einer Blockade der nahe gelegenen Kreuzung durch einige hundert AntifaschistInnen wieder stehen bleiben. Erst als die Polizei durch massiven Einsatz von Wasserwerfern und Knüppelgarden die Blockade aufgelöst hatte, konnten die Neo-Nazis ihren Aufmarsch in Richtung Augustusplatz fortsetzen. Dort hatten sich zuvor auf einer Protestkundgebung zahlreiche BürgerInnen aus Leipzig unter der Leitung des Oberbürgermeisters Tiefensee (SPD) und des Pfarrers Fuehrer von der Nikolai-Kirche versammelt und sich zu einer weiteren Blockade der Nazi-Route aufgestellt. Obwohl die Neo-Nazis ihren Aufmarsch wegen der Zeitauflage in einer weiteren halben Stunde abbrechen mussten, knüppelte die Polizei die BlockiererInnen, unter denen sich Bundestagsabgeordnete und Landtagsabegordnete befanden, von der Straße. Der unverhältnismäßige Polizeieinsatz wird nun auch im sächsischen Landesparlament diskutiert.

Der massive Wasserwerfereinsatz vor der Synagoge in Berlin anlässlich des NPD-Aufmarsches gegen die neue Wehrmachtsausstellung am 1. Dezember letzten Jahres ist weiterer Beleg der Polizeistrategie, mit Gewalt zu verhindern, dass das, was an antifaschistischem Widerstand zusammengehört, auch zusammenwächst.

Das NPD-Verbot

von Johann Oleat

Juristische Anmerkungen

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 1. Oktober 2001 bekannt gegeben, dass die Anträge des Deutschen Bundestags, des Bundesrats und der Bundesregierung von Anfang 2001 auf Verbot der NPD gemäß Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz (GG) weder unzulässig noch offensichtlich unbegründet seien.

Es hat daher nunmehr beschlossen, gemäß Paragraf 45 Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG) die Verhandlung über die Anträge, die NPD für verfassungswidrig zu erklären, durchzuführen. In einem Vorverfahren war der NPD, vertreten unter anderem durch ihren Anwalt Horst Mahler, die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden.

Nun soll im Februar die mündliche Verhandlung über die Verbotsanträge beginnen. Fünf Termine zwischen dem 5. und dem 20. Februar seien dazu festgelegt worden. Dort sollen unter anderem 14 „Auskunftspersonen" wie Thorsten Heise, Christian Worch, Sascha Roßmüller und andere Rechte zur Kooperation der NPD mit der Kameradschaftsszene befragt werden.

Problematisch für den Erfolg des Verbotsantrages könnte werden, dass die Präsidentin des BVerfG Jutta Limbach Anfang/Mitte 2002 ausscheidet. Um die NPD verbieten zu können, ist aber, entgegen der in anderen Verfahren nur notwendigen einfachen Mehrheit, gemäß Paragraf 15 Absatz 4 BVerfGG eine Mehrheit von sechs der acht ursprünglich am Verfahren beteiligten Richter notwendig. Bei Krankheit oder Ausscheidens eines weiteren Richters könnte ein Verbot also auf der Kippe stehen.

Parteienverbote

Eine Partei ist nach Artikel 21 Absatz 2 GG dann als verfassungswidrig zu verbieten, wenn sie nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet ist, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder gar zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Eine aktive und kämpferische Haltung, die aus einer „Grundtendenz" der Partei erwachse, sei für das Verbot notwendig, so die Rechtssprechung des BVerfG.

Wie das BVerfG sagte, ist Artikel 21 Absatz 2 GG eine Ausprägung der „streitbaren Demokratie" oder auch „wehrhaften Demokratie", die den Gegnern des demokratischen Staates kämpferisch entgegentritt: Es dürfe nämlich nicht noch einmal vorkommen, dass die Demokratie wie Anfang der dreißiger Jahre zusehe, wie ihre Feinde sie zerstören. Zu den Instrumenten der „streitbaren Demokratie" wird unter anderem das Parteienverbot, der Verfassungsschutz und auch das Verbot verfassungswidriger Vereinigungen (Artikel 9 Absatz 2 GG) gezählt, die – im Unterschied zu Parteien – durch den Bundesinnenminister verboten werden können.

Aufgrund der besonderen Bedeutung der Parteien im demokratischen Rechtsstaat kann über das Verbot von Parteien jedoch nur das BVerfG entscheiden und nicht die Exekutive (beispielsweise die Regierung) oder die Legislative (etwa der Bundestag). Letztere können aber Verbotsanträge vor dem BVerfG stellen (Paragrafen 43 folgende BVerfGG). Sind diese Verbotsanträge begründet, stellt das BVerfG die Verfassungswidrigkeit fest. Damit einher geht dann auch das Verbot von Ersatzorganisationen. Dazu erklärte der Bundesgerichtshof im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot: „Eine Ersatzorganisation ist ein Personenzusammenschluss, der an Stelle der aufgelösten Partei deren verfassungsfeindliche Nah-, Teil- oder Endziele ganz oder teilweise, kürzere oder längere Zeit, örtlich oder überörtlich, offen oder verhüllt weiterverfolgt oder weiterverfolgen will."

Juristisch ist es jedenfalls fragwürdig, Ersatzorganisationen bzw. -parteien gleich mitzuverbieten, wenn sich deren Verfassungsfeindlichkeit im konkreten Fall noch gar nicht herausgestellt hat. Mit dieser Begründung hätte theoretisch auch die DKP als Ersatzorganisation der KPD verboten werden können. Hinzu kommt, wie sich auch am Verbot der FAP gezeigt hat, dass die Mitglieder einfach die Organisation wechseln oder sich im Geheimen organisieren.

Mit dem Verbot von Parteien wird auch immer die herrschende staatliche Ordnung als die „einzig wahre" anerkannt. Liberale Grundrechtskommentatoren bezeichnen daher das Parteiverbot, das in der EU einzigartig ist, nicht ganz zu Unrecht als „Fremdkörper" (Ingo von Münch) im System einer freiheitlichen Demokratie oder gar als „Konstrukt antiliberalen und antidemokratischen Denkens" (Helmut Ridder). Außerdem lässt sich ein Missbrauch des Parteiverbots durch konkurrierende Parteien nicht ausschließen.

In der bisherigen Geschichte der BRD hat es zwei Parteiverbote gegeben. 1952 reichte die Adenauer-Regierung zwei Verbotsanträge ein – Zum einen gegen die rechtsextreme „Sozialistische Reichspartei" (SRP), zum anderen gegen die „Kommunistische Partei Deutschland" (KPD). Während die SRP noch im selben Jahr verboten wurde, dauerten die Verhandlungen im Verfahren gegen die KPD bis ins Jahr 1956.

1983 erfolgte das Verbot mehrerer rechter Vereinigungen. Doch neben den Verboten der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS/NA), des „Freundeskreis Deutsche Politik" (FKDP) und der „Aktion Ausländerrückführung" (AAR) ging die Repression gleichzeitig aber wieder mit dem Verbot einer linken Organisation, der türkischen Gruppe „Dev Sol", einher. 1993 hatten dann Bundesregierung und Bundesrat Parteiverbotsanträge gegen die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) und die „Nationale Liste" (NL) gestellt. Beide wurden jedoch vom BVerfG nicht als Parteien gewertet, so dass sie vom Bundesinnenministerium gemäß Artikel 9 Absatz 2 GG in Verbindung mit den Paragrafen 3 fortfolgende Vereinsgesetz verboten werden konnten.

Konsequenzen

Nachdem die Verbotsanträge eingereicht und breit diskutiert wurden, wäre eine Unbegründetheit der drei Anträge Wasser auf die Mühlen der NPD. Sie könnte sich als demokratisch legitimiert und als Verfechterin der Meinungsfreiheit darstellen. Außerdem hat das Bundesverwaltungsgericht gerade in einem anders gelagerten Fall entschieden, dass den „Republikanern" keine verfassungsfeindliche Zielsetzung nachgewiesen werden könne.

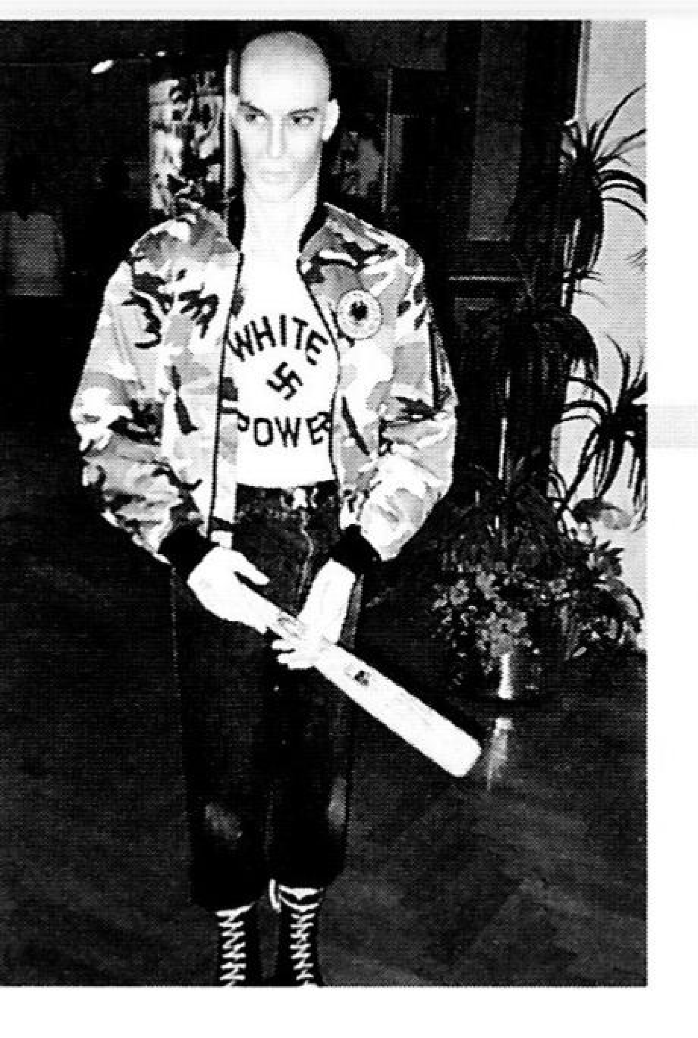
Auch kann ein Verbot kaum eine befriedigende Position für Linke sein. „Law and Order" ist ein rechtes Politikkonzept und enthält keine fortschrittlichen Elemente. Um allgemeine Einschränkungen von Grundrechten jedoch zu umgehen, forderte etwa die Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach („Bündnis 90/Die Grünen") eine neue Rechtsgrundlage zur Bekämpfung der extremen Rechten. So könnte explizit gegen die extreme Rechte vorgegangen werden. Es solle eine zeitgemäße Form des Artikels 139 GG eingeführt werden. Dieser beinhaltet die Weitergeltung der Entnazifizierungsvorschriften, die Rechtsvorschriften zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus". Zwar habe der Artikel seine praktische Gültigkeit verloren, nachdem die Entnazifizierungszeit für beendet erklärt worden war, er ist jedoch auch bei der Verfassungsreform Anfang der 1990er Jahre nicht gestrichen worden. Damit könnte eine neue Rechtsgrundlage gegen das Wiederaufleben des Nationalsozialismus geschaffen werden.

NPD und Landesbank

Nach Informationen des baden-württembergischen SPD-Landtagsabgeordneten Stephan Braun unterhält die landesbeteiligte Landesbank Baden-Württemberg Geschäftsbeziehungen mit der NPD. Die Bank soll demnach ein Konto des NPD-Verlags „Deutsche Stimme" führen; für Braun ein untragbarer Zustand. Der SPD-Politiker, der in seiner Fraktion zuständig ist für Extremismus und Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, hat deshalb in einem parlamentarischen Antrag die Landesregierung aufgefordert, angesichts des laufenden NPD-Verbotsantrages umgehend tätig zu werden. Das Land Baden-Württemberg ist mit 39,5 Prozent an der Landesbank Baden-Württemberg beteiligt. Die restlichen Anteile halten die Sparkassen und die Stadt Stuttgart. Staatsminister Christoph Palmer (CDU) ist Mitglied im Verwaltungsrat, Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) führt den Vorsitz der Gewährträgerversammlung, der unter anderem auch die Minister Walter Döring (FDP) und Innenminister Thomas Schäuble (CDU) angehören.

NPD-Ideologe verstorben

Der Gründer der „Wissenschaftlichen Buchgesellschaft", Ernst Anrich, verstarb am 21. Oktober letzten Jahres im Alter von 95 Jahren. Der Gildenschafter begann seine politische Laufbahn mit dem Eintritt in die NSDAP im Jahre 1930, aus der er bereits 1931 wieder ausgeschlossen wurde. Dennoch machte der habilitierte Historiker Anrich wissenschaftliche Karriere während der Zeit des NS-Regimes. Zuletzt amtierte er als „Rektor der Reichsuniversität" in Straßburg. Da er nach 1945 keinen Platz mehr im Universitätsbetrieb der Bundesrepublik fand, gründete er in Tübingen 1949 die „Wissenschaftliche Buchgesellschaft". Seit 1953 residiert der als seriös geltende Verlag im südhessischen Darmstadt. In den sechziger Jahren trat Anrich in die neu gegründeten NPD ein, wurde Mitglied des Parteivorstandes und galt unter den Vorsitzenden von Thadden und Mußgnug als informeller Chefideologe der NPD. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten meldete sich Anrich als Autor und Leserbriefschreiber in rechtsextremen Verlagen oder Publikationen, darunter auch in der „Jungen Freiheit", zu Wort.



Bilder einer Ausstellung: Extremismuskonstrukte des VS

Extremismus als Puppenshow



VS-Ausstellung ohne großen aufklärerischen Wert

Das Bundesamt für Verfassungsschutz mit Sitz in Köln zeigte Anfang November letzten Jahres seine bald zwei Jahre alte Ausstellung „Es betrifft Dich! Demokratie schützen - Gegen Extremismus in Deutschland!“ im sächsischen Freiberg. Das Vorwort der Ausstellungsbroschüre endet mit der Erkenntnis: „Den besten Schutz der Verfassung leistet der kritische, aufgeklärte und für die Demokratie engagierte Bürger.“ Gibt es den oder die auch beim VS?

von Clara-Anne Bünger und Raimund Hethey

Im Foyer des städtischen Festsaales, in dem barocke Engel über das Saalgeschehen wachen, wurden die Arbeiten von Freiberger SchülerInnen ausgestellt, meistens Collagen zum vorgegebenen Thema „Extremismus“, wobei die SchülerInnen sich überwiegend ablehnend zum „Rechtsextremismus“ geäußert haben. Man habe keine Auswahl getroffen, erklärte der für Prävention zuständige Kriminalbeamte, und einfach das ausgestellt, was gekommen sei. So gehen die BesucherInnen unter den Augen von Che Guevara geradewegs auf den Eingang der VS-Ausstellung zu. Die Welt des „Bösen“ passieren die Ausstellungsbesucher über eine bewusst von den Austellungsmachern aufgebaute Schwelle. Auf Schautafeln wird links und rechts des Eintritts der Verfassungsschutz als „Wahrer der Freiheit“ präsentiert. Gefahren lauern gleichermaßen vom Rechts-, Links- und Ausländerextremismus.

Schülergruppen werden die ganze Zeit über von einem Mitarbeiter des VS begleitet, der ihnen stolz die High-Tech-Anlagen vorstellt, hier ein Computer, der die Welt der Rechtsextremen zeigt, dort eine farbig aufgemotzte Infosäule, auf der die Erkenntnis vermittelt wird, dass aller Linksextremismus auf die Lehren von Marx zurückzuführen sei. Grinsen müssen die Schüler über die Schaufensterpuppen, die ideelle Extremisten darstellen sollen. Besonders der heftig vermummte Linksextremist mit dem Wurfanker sorgt für ungläubiges Kopfschütteln. Einiger pädagogischer Firlefanz begleitet die neugierigen jungen Menschen. Die Blackbox der Opfer „extremistischer Gewalt“ soll dem Betrachter suggerieren, er sei auf einer Ebene mit den Opfern und könnte selbst bald zu einem werden. Auch hier propagiert das Bundesamt für Verfassungsschutz weitgehend eine Gleichrangigkeit und Aktualität von rechtsextremistischer, linksextremistischer und ausländischer Gewaltbereitschaft. Das entspricht überhaupt nicht den Tatsachen im Freistaat Sachsen und in der BRD. Die Ausstellung bleibt insgesamt heuchlerisch und oberflächlich, weil Neonazis in unverantwortlicher Weise verharmlost werden. Wahre Kenner des Verfassungsschutzes und seiner tatsächlichen Rolle in der bundesrepublikanischen Gesellschaft werden eine Informationssäule vermissen, nämlich die mit ungefähr folgenden Angaben: Ende der 70er Jahre: VS unterstützt Aufbau von NSDAP/AO-Zellen in Westdeutschland (Gottwaldaffäre), VS versorgt Wehrsportgruppe mit Bomben (Fall Lepzien und die Otte-Bande); Mitte der 80er Jahre: VS-Agent Schnelle baut die neo-faschistische „Nationalistische Front“ (NF) mit auf; Ende der 90er Jahre: VS-Thüringen unterstützt erfolgreich die Bildung von „Freien Kameradschaften“ (Fall Dienel, Tino Brand). Das sind nur wenige exemplarische Fakten.

Der Besuch der Ausstellung lässt noch an anderen Stellen Zweifel an der Seriosität staatlicher Informationspolitik aufkommen. In einer Vitrine wird ein Buch ausgelegt, das die Erkenntnisse des VS an Tiefenschärfe um einiges übertrifft: der „Antifa-Reader“, der im Kinderbuch-Verlag Elefantenpress erschien, gilt dem VS wohl als „gefährliche“ linksextreme Publikation, die er deshalb direkt unterhalb der „RAF“ verortet. Offenkundig passen die Erkenntnisse der Professoren Gessenharter und Butterwegge sowie anderer antifaschistischer AutorInnen in dem Reader nicht ins Konzept der Konstrukteure des Extremismus, dass die Mitte der Gesellschaft selber faschistoid ist. Und genau dort ist die größte Lücke in der Ausstellung: es gibt nur namenlose Glatzen, Schaufensterpuppen, aber keine Globkes, Naumänner, Lummers und Mohlers und deren folgenschweren „Extremismus“. Fazit einer SchülerInnengruppe: Es gibt einen Antifaschismus neben dem Anti-Rechtsextremismus des VS. Und das ist auch gut so!

JF-Kampagne

Die neofaschistische Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) hat eine Unterschriftenkampagne „Appell an die Bundeswehr: Gegen die Entlassung konservativer Soldaten“ (Fall: Götz Kubitschek) gestartet. Die Bundeswehr wird aufgefordert, die Entlassung Kubitscheks, Kader der „Deutschen Hochschulgilde“, aus einer Wehrübung wegen „rechtsextremistischer Bestrebungen“ zurück zu nehmen. Unterzeichner sind n. a. Dieter Bartling (Autor in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“), Ulrich Deuschle (REP), Rolf Kosiek („Grabert-Verlag“), Ulrich Kriehn (Autor in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“), Hans Joachim Mischke (Leserbriefschreiber in „Nation & Europa“), Helmut Schröcke („Witikobund“), Josef Schüßlburner (Autor der „Staatsbriefe“), Thorsten Thomsen (Autor in „Deutsche Stimme“) und Karlheinz Weißmann (neurechter Ideologe).

„Opposition“

Das Redaktionsteam des neofaschistischen Magazins „Opposition“ aus der „VGB Verlagsgesellschaft Berg“ hat Zuwachs erhalten. Neben dem NPD-Aktivisten Jürgen W. Gansel, inzwischen auch Redakteur der Geschichtsrevisionisten-Postille „Deutsche Geschichte“ aus dem gleichen Verlag, schloss sich der Dark-Wave-Musiker Josef Klumb dem Blatt an. Verlassen hat das Blatt hingegen der, wie es redaktionell hieß, „verdiente Wiener Mitarbeiter“ Martin Schwarz. Grund für dessen Rückzug war ein nach seinem Empfinden pornografisches Titelbild des „Magazins für Deutschland“.

Eine Ausstellung für die Neue Mitte

Am 27. November letzten Jahres ist die neu konzipierte Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944" in Berlin eröffnet worden. Die Neukonzeption erfolgte, nachdem die erste „Wehrmachtsausstellung" 1999 nach dem Nachweis von falsch zugeordneten Fotos durch den Leiter des „Hamburger Instituts für Sozialforschung" Jan-Philipp Reemtsma zurückgezogen worden war.

von Stephan Lindke



Anhand sechs ausgewählter Themenbereiche (Völkermord an den sowjetischen Juden, Massensterben der Kriegsgefangenen, Ernährungskrieg, Deportation von Zwangsarbeitern, Partisanenkrieg, Repressalien und Geiselerschießungen) wird die aktive Beteiligung der „Wehrmacht als Organisation und in Teilen ihrer Gliederung an [...] den Verbrechen der Nationalsozialisten" aufgezeigt. Diese Kernthese ist somit beibehalten worden, alles darüber Hinausgehende hat sich aber grundlegend geändert.

Die Beweisführung ist wesentlich stringenter und auf eine wissenschaftlich fundierte Herleitung der These durch Texte und Dokumente beschränkt. Emotionalisierende Fotos kommen nur noch in Postkartengröße als begleitende Illustration vor. Anhand der ehedem falsch zugeordneten Fotos wird in einem Exkurs die Schwierigkeit im wissenschaftlichen Umgang mit dem Medium Foto aufgezeigt.

Die einleitenden Kurz-Texte, die „Sitz-Vitrinen" mit einer ersten Annäherung an den jeweiligen Themenkomplex und die Schautafeln zur intensiveren Vertiefung sind in einem kühlen, wissenschaftlich-distanzierten, fast aseptisch wirkenden Weiß gehalten. Diese Nüchternheit kommt dem wissenschaftlichen Ansatz der Ausstellung zugute, jedoch hat gerade die emotionale Präsentation mit großformatigen Fotos und dem begehbaren Eisernen Kreuz einst zu den intensiven Diskussionen beigetragen.

Anhand der völkerrechtlichen Einordnung von Kriegen, die „selten in rechtsfreien Räumen stattfinden", wird im einleitenden Bereich die Besonderheit des Vernichtungskrieges in der Sowjetunion herausgearbeitet. Rechtliche Bindungen wie die Haager Landkriegsordnung sind bewusst und vorsätzlich von der nationalsozialistischen Führung außer Kraft gesetzt worden. Dies kann aber auch implizieren, dass Kriege, wenn sie sich in einem rechtlichen Rahmen bewegen, ein legitimes Mittel zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln darstellen. Dieser Eindruck wird in der Ausstellung nicht aufgelöst. Lediglich der Historiker Hans Mommsen, hat bei der Eröffnungsveranstaltung angemerkt, dass „die Versuchung, völkerrechtliche und zivilisatorische Rechte [...] militärischen 'Notwendigkeiten' zu opfern, [...] bei jedem Krieg" lauert. Eine Aussage, die bei der bevorstehenden Beteiligung der Bundeswehr an dem äußerst fragwürdigen „Krieg gegen den Terrorismus" aktueller den je ist.

Hans-Erich Volkmann, der einstige Kritiker vom „Militärgeschichtlichen Forschungsamt" in Potsdam, hat in seiner Eröffnungs-Laudatio die „Entpolitisierung und damit Historisierung" der neuen Ausstellung hoch gelobt. Diese von Volkmann so positiv konnotierte Historisierung mag aus forschungstheoretischer Perspektive nachvollziehbar sein, jedoch werden in der öffentlichen Präsentation dadurch viele individuelle Handlungen im damaligen Kontext vermeintlich „erklärbar" und dadurch im Verlauf entschuldbar. Die Ausstellung hat somit zwei Ebenen, einerseits die präzise und wissenschaftlich nicht zu hinterfragende Herleitung der Beteiligung der Wehrmacht als Organisation an dem Vernichtungskrieg und andererseits jeglicher Verzicht auf eine qualifizierende Einordnung der individuellen Beteiligung.

Diese Entwicklung in der Konzeption trägt mit Sicherheit zu dem versöhnlichen, intergenerationellen Charakter der neuen Ausstellung bei. Die individuelle Verantwortung des einzelnen Wehrmachtssoldaten kann durch den distanzierenden Blick verdrängt werden. Gerade bei der Präsentation in einer nachhaltig von der Legende der sauberen Wehrmacht geprägten Gesellschaft fehlen hier aber Themenkomplexe wie die individuelle Motivation und die ideologische Verortung der Wehrmachtssoldaten im Nationalsozialismus.

Teilweise wird dies in dem Sonderbereich „Handlungsspielräume" aufgelöst, in dem anhand von 6 Fallbeispielen die Wahlfreiheit bei verbrecherischen Befehlen aufgezeigt werden. Dadurch wird einmal mehr die Legende von dem „Befehlsnotstand" dekonstruiert.

Eine inhaltliche Kritik wurde mittlerweile von dem Berliner Historiker Wolfgang Wippermann formuliert. Wippermann wirft der Ausstellung „unentschuldbare Versäumnisse" vor. So fehlen laut Wippermann u.a. „die ökonomischen Beweggründe". Sein größter Kritikpunkt ist jedoch, dass in der Ausstellung der Völkermord an den Roma und Sinti „weggelassen" wurde.

Abschließend lässt sich konstatieren, dass die Neukonzeption der „Wehrmachtsausstellung" sicherlich Schwächen hat. Dennoch sind die ausgewählten Dimensionen sehr schlüssig und fundiert hergeleitet und bei einem über die emotionale Betroffenheit hinausgehenden Interesse sehenswert.

Die neue Wehrmachtsausstellung wird sich allerdings nicht wieder zu einem Politikum entwickeln. In der öffentlichen Auseinandersetzung um die erste Wehrmachtsausstellung 1995-1999 sind die zentralen Thesen bereits Gegenstand umfangreicher Diskussionen gewesen und mit vielen Abstrichen und Relativierungen gesellschaftspolitisch ausgehandelt worden. Die jetzige Ausstellung generiert sich insgesamt als Reaktion auf die Kritik an der erste Schau und wirkt dementsprechend wie der nachgelieferte — notwendige — wissenschaftliche Fußnoten-Apparat.

„Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 bis 1944" bis zum 13. Januar 2002 in Kunst-Werke Berlin e.V., Auguststr. 69, 10117 Berlin.

Heilen und Vernichten

Relativierung des Nürnberger Ärztekodex

Vor 55 Jahren verhandelte der amerikanische Militärgerichtshof in Nürnberg die Verbrechen der NS-Mediziner. Sie alle hielten sich für „nicht schuldig". Klaus Dörner, Professor für Psychiatrie und Mitinitiator der Psychiatrie-Reformbewegung, rekonstruiert die damalige Debatte und reflektiert den heutigen Diskurs. Sein Fazit: „Der Nürnberger Ärztekodex wird relativiert."

Das Interview für die Zeitschrift Der Rechte Rand führte Andreas Speit.

Der Rechte Rand: Am 9. Dezember 1946 eröffnete Walter B. Beals den Nürnberger Ärzteprozess. Welche Anschuldigungen wurden erhoben?

Klaus Dörner: Die Anklageschrift beinhaltete vier große Anklagepunkte: Die Verschwörung zu einem gemeinsamen Vorhaben auf ungesetzliche Weise, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation. Im Vordergrund stand jedoch die Menschlichkeit, wobei es im Englischen heißt „Humanity" - und es bleibt immer offen, wie man das ins Deutsche übersetzt: „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" oder „Verbrechen gegen die Menschheit". Die Richter meinten beides: gegen Menschlichkeit und gegen menschliche Werte.

DRR: Den 23 Beschuldigten wurde vorgeworfen, als Mittäter und Anstifter medizinische Experimente und Euthanasieprogramme entwikkelt und durchgeführt zu haben. Im Namen der Wissenschaft, wie sie beteuerten.

K.D: Das ist schwierig zu sagen. Das Rechtswesen ist so beschaffen, das jede Partei ihre Interessen auch auf Kosten der Wahrheit verteidigen kann. Das heißt, bei den Äußerungen der Angeklagten und den Verteidigern ist schwer auseinander zu halten, was sie wirklich dachten. So kam es auch zu der berühmten Kontroverse, als die Verteidiger den Gerichtssachverständigen Professor Ivy fragten, ob der Eid des Hippokrates für den Mediziner als Arzt genauso gelte, wie für den Mediziner als Forscher. Dies verneinte er: Der Arzt sei den Menschen als Probanden gegenüber nicht so verpflichtet, wie der Arzt den Menschen als Patienten gegenüber.

DRR: Die Angeklagten betonten sodann diese Unterscheidung?

K.D.: Natürlich. Sie haben sich in ihrer ethischen Argumentation darauf eingeschossen. Das entspricht zum Teil der inneren Wahrheit der Angeklagten. Sie zogen sich zusätzlich darauf zurück, dass Krieg war - eine Ausnahmesituation in allen Gesellschaften, in der man mehr darf als sonst. Des Weiteren meinten sie, ethisch gehandelt zu haben, da die Rechte des Einzelnen uninteressant seien, wenn der Nutzen für die gesamte Menschheit gravierender sein könnte.

Alle diese Ärzte, wie auch die Ärzte ihrer Generation auf der ganzen Welt bis zum Beginn des Krieges, waren es gewohnt, Menschen in Anstalten, Landeskrankenhäusern und Gefängnissen nach Belieben als Versuchskaninchen zu benutzen. Dass der Schritt dann nicht so furchtbar groß war, die „segensreichen Experimente" nicht in einer Anstalt, sondern in einem KZ durchzuführen, überrascht nicht.

DRR: Sie betonen immer wieder, dass das „Monströse" nicht „Monster" ...

K.D.: Ja, sie bezeichneten sich überwiegend als „Idealisten", die dachten, zum „Wohle der Menschheit" zu handeln. Die Euthanasie - zunächst durch Vergasung, später durch Medikamente und Verhungern lassen - begründeten sie damit, die Einzelnen von dem „Leiden" und die Gesellschaft von der „Belastung" zu erlösen. Die Täter führten immer wieder aus, dass es in jeder psychiatrischen Einrichtung oder jeder Einrichtung für geistig Behinderte eine kleine Minderheit von Menschen gäbe, deren Zustand so erschreckend, so Mitleid erregend, so hoffnungslos sei, dass es ein Gebot der Menschlichkeit sei, wenn man sie von ihrem Leiden erlöse.

Dies führte bei Karl Brand zu der Urteilsbegründung, in der die amerikanischen Richter ausführten – mit meinen Worten – „wir nehmen dir deine idealistische, humanitäre Motivation ab. Aber wir müssen dich trotzdem zu Tode verurteilen, weil du dich nicht mehr gekümmert hast, was aus deiner Initiative geworden ist. Es ist nicht bei dieser kleinen Minderheit geblieben, sondern über zweihunderttausend von Menschen wurden durch ein formales Gutachtenwesen vom Leben zum Tode verurteilt". Das dürfte in der Medizingeschichte der einzige Fall sein, bei dem ein Arzt wegen Verantwortungslosigkeit zum Tode verurteilt worden ist.

Die Richter standen grundsätzlich vor dem Problem, Kriterien für die Verurteilung zu finden. Letztendlich formulierten sie diese selbst, da nirgends auf der Welt Ärzte oder auch Staaten sich bis dahin Kriterien zugelegt hatten, die festlegten, was ein Arzt darf und was nicht. Wegen dieses Dilemmas formulierten sie den Nürnberger Ärztekodex, in dem gleich im Artikel 1 festgelegt wird, dass „kein Mensch zu irgendeinem wissenschaftlichen oder therapeutischen Eingriff gebracht werden kann ohne seine Aufklärung und Einwilligung" und dass diese bedingungslos erforderlich ist. Sie betonen damit in einer fundamentalistischen Absolutheit das Selbstbestimmungsrecht der Menschen als Patienten oder Probanden.

DRR: Revidiert nicht die Bioethikkonvention den Nürnberger Ärztekodex?

K.D.: Das kann man so sehen. Allerdings haben schon frühere Deklarationen des Weltärzteverbandes den Nürnberger Ärztekodex aufgeweicht. Was jetzt vom Europarat im Sinne dieser Bioethikkonvention an die Europäischen Staaten gerichtet worden ist, ist der Versuch, das, was die Ärzte in ihren – insofern juristisch irrelevanten – Erklärungen nur für sich von sich geben, jetzt auch in juristisch und völkerrechtlich verbindliche Formen zu kleiden. Wahrlich ein Quantensprung.

Kürzlich erschien zum Thema das von Angelika Ebbinghaus und Klaus Dörner herausgegebene Buch: Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozeß und seine Folgen, Berlin: Aufbau Verlag 2001, 675 Seiten, 34,00 Euro.

„Unanständig trotz Anstands-Parolen?"

Ein Tagungsbericht

Im öffentlichen Bild erscheint der Rechtsextremismus oft als ein Phänomen, das – ähnlich einer Naturkatastrophe – von außen hereinbricht in das gesellschaftliche Alltagsleben; als ein wahlweise generatives Randproblem von ewig Gestrigen oder sozial Deklassierten, die ihre fehlgeleitete Adoleszenzphase mit Gewalt und dumpfen Parolen zu sublimieren versuchen.

von Alex Häusler

Auf einer vom Seminar für Sozialwissenschaften/ Abteilung für Politikwissenschaft der Universität zu Köln im November letzten Jahres veranstalteten Tagung zum Thema „Rechtsextremismus – Problem von Randgruppen oder der gesellschaftlichen Mitte?" wurden nun Argumente erörtert, die einer solchen Zuschreibung erheblich widersprechen. Ausgangspunkt der Referate und Diskussionen war die Erörterung der These von der Herkunft des Rechtsextremismus aus der gesellschaftlichen Mitte. Die argumentative Bezugnahme rechtsextremer Propaganda auf öffentliche Diskurse um Zuwanderung und nationale Selbstverständigung stand hierbei im Zentrum der Referate und Diskussionen.

Im Eröffnungsplenum erörterte Prof. Christoph Butterwegge von der Universität zu Köln aktuelle Entwicklungen im staatlichen sowie öffentlichen Umgang mit Rechtsextremismus. In vorherrschenden Deutungen rechtsextremer Entwicklungen offenbaren sich laut Butterwegge Tendenzen, die eher „Entschuldigungen statt Erklärungen" darstellen. Die öffentliche Diskussion über den Rechtsextremismus unterliege dabei konjunkturellen Schwankungen, die sich „zwischen Hysterie und Verharmlosung" bewegen. Gesellschaftliche Ursachenforschungen hingegen, so Butterwegge, blieben in einer solchen ereignisfixierten Diskussion weitestgehend aus. Anhand offizieller Proklamationen zu einem „Aufstand der Anständigen" im Kontext eines Brandanschlags auf die Synagoge in Düsseldorf in der Nacht auf den 3. Oktober 2000 – dem Jahrestag der Wiedervereinigung – wurde aufgezeigt, dass rechtsextreme Propaganda und Gewalt von ihrem gesellschaftlichen Entstehungskontext herausgelöst, als „unanständig" dargestellt wird. Hierbei werde laut Butterwegge ausgeklammert, dass sich die unterschiedlichen Strömungen des Rechtsextremismus als „Vollstrecker" einer Mehrheitsmeinung ansehen und dabei affirmativ Bezug nehmen auf hegemoniale Diskurse, die rassistisch und nationalistisch zugespitzt werden.

Jürgen Wilhelm von der Kölner „Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit" erläuterte diesen Zusammenhang anhand der Debatte um eine sog. deutsche Leitkultur, die sich als eine „Steilvorlage für die extreme Rechte" entpuppt habe. Willhelm führte aus, dass die Leitkultur-Debatte eine gezielte „Inszenierung" gegen die Reform in der Migrationspolitik gewesen sei. In der populistischen Unterscheidung zwischen dem „Eigenen" und dem „Fremden" seien kulturalisierende und nationalistische Tendenzen in die Mitte der Gesellschaft gerückt worden, die von Rechtsextremisten schon seit Jahrzehnten propagiert wurden. Prof. Wolfgang Gessenharter von der Bundeswehrhochschule in Hamburg beleuchtete in diesem Kontext die Kernideologeme der „Neuen Rechten", die inzwischen „im Zentrum gesellschaftlicher Diskurse" wieder zu finden seien. Die Strategie der „Neuen Rechten" einer politisch-kulturellen sowie machtpolitischen Implementation sei im Kontext populistischer Debatten in der gesellschaftlichen Mitte durchaus als gelungen zu interpretieren.

Die Bedeutung vorherrschender populistischer Diskurse in der gesellschaftlichen Mitte für rechtsextreme Propaganda wurde auf der Tagung detailliert in unterschiedlichen Foren erörtert. Gerd Wiegel, Politikwissenschaftler an der Universität Marburg, beleuchtete diesen Zusammenhang anhand der sog. Nationalstolz-Debatte, die „eine Verankerung rechtsextremer Ideologeme in der Mitte der Gesellschaft" darstelle. Die Nationalstolz-Debatte sei eine populistische Gegenreaktion auf reale Desintegrationsprozesse gewesen, die völkisch-nationalistische Argumentationsmuster aufgewiesen habe. Eine „Nationalisierung des Bevölkerungs-Diskurses" hingegen problematisierte Diana Hummel aus Frankfurt. Im Kontext laufender Debatten um Familienpolitik und dem „Aussterben der Deutschen" lassen sich Verknüpfungen mit Schlagwörtern um „nationale Identität" erkennen. Derartige Verknüpfungen erwirken nicht nur die Wiederbelebung patriarchaler Rollenbilder, sondern weisen laut Hummel zudem nationalistische Homogenisierungstendenzen sowie Bedrohungsszenarien gegenüber „Fremden" auf. So sei der emotional und symbolisch aufgeladene Diskurs um die „Bevölkerungsbombe" öffentlich verknüpft worden mit Etikettierungen der Deutschen als „sterbendem Volk", womit rechtsextreme Parolen gesellschaftliche Anerkennung erfahren haben.

Alfred Schobert vom DISS verdeutlichte anhand der öffentlichen Debatten um Martin Walser und Norman Finkelstein, wie antisemitische Vorurteile in die gesellschaftliche Mitte gerückt sind. So waren es laut Schobert die Schlagworte „Normalität" und „Normalisierung", die im Kontext der Walser-Debatte als Schlüsselbegriffe für die Loslösung aus historischer Verantwortung sowie offene antisemitische Anfeindungen benutzt wurden. Heinz Lynen von Berg vom Magdeburger Verein „Miteinander" hingegen beleuchtete den parlamentarischen Diskurs zum Rechtsextremismus. Hierbei wurde verdeutlicht, dass parlamentarische Deutungen rechtsextremer Erscheinungsformen in der Regel sowohl weit hinter den wissenschaftlichen Forschungsstand zurückfallen wie zugleich verharmlosende Erklärungsansätze aufweisen, die den Rechtsextremismus weitestgehend auf ein Gewaltproblem reduzieren.

Als Fazit der Tagung kann die Feststellung getroffen werden, dass eine wirksame Bekämpfung rechtsextremer Erscheinungsformen die offensive Auseinandersetzung mit gesellschaftlich vorherrschenden Diskursen und Praktiken in Bezug auf Zuwanderung, Integration und das gesellschaftliche Solidaritätsprinzip beinhalten muss. Eine rein moralische Stigmatisierung des Rechtsextremismus bei gleichzeitiger Forcierung sozialer Desintegration, politischer Ethnisierung sozialer Prozesse und populistischer Bedrohungskampagnen in gesellschaftlichen Zentrum erscheint dann nicht nur wirkungslos, sondern zugleich entlarvend unglaubwürdig.

Tolerierte Intoleranz

Grosses Forum für „neurechten“ Theoretiker

Kennen Sie Robert Steuckers? Wissen Sie von dem neurechten Disput über die Europastrategien? Dann gehörten Sie bis zum Oktober 2001 zu den wenigen ExpertInnen, die sich kritisch mit der „Neuen Rechten“ auseinander setzen. An dem Wochenende vom 26. auf den 28. Oktober diesen Jahres ermöglichte die „Evangelische Akademie“ und die „Eugen Rosenstock-Huessy Gesellschaft“ dem „neurechten“ Theoretiker aus Vorst (Belgien) den ersten Auftritt in der „Mitte der Gesellschaft“. „Ein Experiment“, wie Wilfried Gärtner als Veranstalter der Gesellschaft einräumt.

von Christian Dornbusch & Andreas Speit

Über 50 TeilnehmerInnen waren zu der Tagung, „Europa – ein rechtes ‚Laboratorium‘? Visionen und Strategien der europäischen Rechten“ in das Berliner Tagungshaus Schwanenwerder gekommen, bei der Steuckers als offizieller Repräsentant des „Synergie-Netzwerk“ über „Europas Rechte und die ‚europäische Revolution‘“ referierte.

Seit 1993 bemüht er sich, das europäische Netzwerk „Synergies Européenes“ (SE) auszubauen, das er nach der Trennung von der „Forschungs- und Studiengruppe für europäische Zivilisation“ (GRECE) der französischen „Neuen Rechten“ gegründet hat. Die selbst ernannte „nonkonformistische Avantgarde“ der SE möchte die Differenz zwischen Individuum und Spiritualität in einem „europäischen Reich“ mit „sakraler Herrschaft“ aufheben. Angelehnt an die Schriften von Julius Evola entwirft die SE, die seit 1995 auch eine deutsche Sektion hat, eine extrem-rechte Modernismuskritik, in der jede Form von Egalitarismus und Demokratie ablehnt wird.

„Die Referenten hat die Rosenstock-Huessy Gesellschaft eingeladen“ entschuldigt sogleich Brigitte Moll von der Akademie, und Gärtner beteuert ebenso sofort: „Wir wollen Steuckers kein Forum geben, sondern kritisieren“. Ohne Probleme folgte Steuckers der Einladung. Kam sie doch der Strategie der „Neuen Rechten“ entgegen, sich als politisch interessant und akzeptabel zu präsentieren.

Auf der Tagung offenbarte Steuckers dann auch nicht von selbst die „Begrenztheit rechten Denkens“. Stattdessen hielt der vermeintlich Vorgeführte ein Referat, in dem er rekurrierend auf Argumentationen von Rosenstock-Huessy und Thesen von Gegnern seine Europaposition entwickelte. Der „Böse“ erschien nicht als das „Böse“, sondern als belesener Geist der überraschte und beeindruckte.

Zwar zeigte Jean Cremet, wie Wagner versprach, „Steuckers inakzeptable Positionen“ auf, als er dessen Argumentationstaktik und Ideologiefundus darlegte. Bloß, ein Großteil der TeilnehmerInnen erfuhr erstmals durch Cremets Widerlegungen grundsätzlich etwas über Europakonzepte der „Neuen Rechten“. Insofern ging das Konzept des „kritischen Dialogs“ nicht auf. Wie sollten die TeilnehmerInnen etwas hinterfragen, was sie erstmals ausführlich hörten?

Sie konnten dadurch auch nicht eigene „Logiken“ in Beziehung zu Steuckers Thesen setzen und überdenken. Dem Experten zur „Neuen Rechten“ gelang abstrakt aufzuzeigen, dass die „Neue Rechte“ versucht, durch eine Neuinterpretation und/oder Diffamierungen von humanistischen und emanzipatorischen Werten eine kulturelle Hegemonie zu erlangen - nur konkret bei Steuckers erschloss sich dies nicht allen ZuhörerInnen.

Dies spiegelte sich auch wieder, nachdem Martin Jander auf den impliziten Anti-Amerikanismus und den Anti-Israelismus der extremen Rechten und der „Neuen Rechten“ eingegangen war. Er verlor sich dabei nicht in einer undifferenzierten Pro-USA-Position, sondern verwies auf die rechte Rezeption, in der „Amerika und Israel als die Ausgeburt des kulturellen Verfalls“ gelten. Steuckers entgegnete ihm sogleich, dass bereits im 18. Jahrhundert in England ein Anti-Amerikanismus formuliert worden sei. Kaum einem/einer fiel der Kategoriefehler auf - der Anti-Amerikanismus in England beruhte damals auf dem Unabhängigkeitskrieg der USA gegen England und ist nicht vergleichbar mit dem heutigen Anti-Amerikanismus der extremen Rechten. Stattdessen schlug aber Jander von den Gästen teilweise Unverständnis entgegen.

„Ein Versuch kann misslingen“, betonte Cremet vor der Tagung, aber dennoch wollte der Publizist, der zum Autorenstamm vieler alternativer und Antifa-Publikationen - mit Ausnahme des „Der Rechte Rand“ - zählt, versuchen, „die Argumentation zu entschlüsseln“ und sie zum „demokratischen Konsens nicht dazugehörig“ darzulegen. Und Gärtner hoffte gar, „Steuckers zur Selbstreflektion“ bewegen zu können. Das „Experiment“ und die „Selbstreflektion“ gelangen aber nicht. Denn der Experten-Dialog und nicht der kritische Disput bestimmte das Konzept. Die unterschiedlichen Kenntnisse zur „Neuen Rechten“ wurden nicht berücksichtigt. Statt Steuckers den ersten Auftritt vor einem nicht-rechten Auditorium in der Bundesrepublik zu ermöglichen, hätten die Organisatoren dem Publikum eine intensivere Auseinandersetzung mit der „Neuen Rechten“ anbieten sollen. Den Widerspruch, dass erst mit der Einladung Steuckers als akzeptabler Diskutant auftreten konnte, wollen Gärtner und Cremet aushalten. Ebenso auch, dass Steuckers nach dem Auftritt mit dem Verweis auf jene sich als „tolerierbarer Nonkonformist“ darstellen kann.

Cremet, der früher noch Umberto Ecos Analyse im Bezug auf die „Neue Rechte“ teilte, dass „die Grenzen dessen, was nicht tolerierbar ist“, festzulegen sind, scheint heute das „Nicht-tolerierbare“ für diskutabel zu halten. An diesem Wochenende haben die Diskutanten und Organisatoren bereits die Grenzen verschoben. Nicht zum letzten Mal. Beeindruckt von der Tagung meinte Gärtner, dass „die „Diskussion zeigte, wie gut das Konzept aufgegangen“ wäre, und er versprach „eine Wiederholung“.

„Pawlowscher Nazireflex“?

Eine Hausdurchsuchung bei dem ex–REP-Funktionär Friedrich Baunack offenbarte den Versuch eines ideologischen Brückenschlages. Unter den Festgenommenen befand sich auch der Ex-Vorsitzende der APPD („Anarchistische Pogo Partei Deutschlands“). Die Teilnehmer dieses „2. bundesweiten Querfront-Treffens“, das die „Nationalen Anarchisten“ um Peter Töpfer und Teile der „wir selbst“-Redaktion organisiert hatten, wollten sich - so die „Junge Freiheit“ – „zwanglos austauschen und gemeinsame Perspektiven entwickeln“.

Falsche Gesprächspartner



Die Sorge um ein neues Nazizentrum in der Samtgemeinde Eschede geht um. Am 19. November letzten Jahres bemühten sich die CDU Nachwuchsgruppierungen „Junge Union Lachendorf-Eschede" und die „Schüler-Union Celle-Gifhorn" um Aufklärung. Nur, die Aufklärungsveranstaltung über „Rechtsradikalismus in Eschede", durfte der geladene Neonazi Joachim Nahtz zur Selbstentlastung und zur Beschönigung der Nazistrukturen in der Lüneburger Heide nutzen.

von Janine Clausen

An die 70 Gäste waren zu der Diskussionsveranstaltung, für die die „Celler Zeitung" warb, ins Burghorner „Waldcafe Ponyhof" gekommen. Der „Hofbesitzer Nahtz, dessen Anwesen im Zusammenhang mit den Freien radikalen Gruppen in die Schlagzeilen geraten war", wie die Zeitung den Neonazi verharmlosend ankündigte, folgte gerne der Einladung und führte so auch aus, dass man „kein zweites Hetendorf" befürchten müsste.

Die „Junge Union", sowie die „Schüler Union" störten auch Nahtz Kameraden nicht, die zur Veranstaltung gekommen waren. Allein der Wirt war über einen Großteil der Gäste des CDU-Nachwuchs verwundert, weshalb einige Interessierte auch gleich lieber gingen.

Seit 1992 bemüht sich Nahtz nachweislich um den Aufbau einer „nationalen Jugend" in der Region, indem er u.a. sein Anwesen in Eschede für Wehrsportübungen der mittlerweile verbotenen „Nationalen Liste" (NL) zur Verfügung stellte, oder indem er Sonnenwendfeiern durchführen lässt. Im Juni 2000 versammelten sich bei dem „Hofbesitzer und Landwirt" über 200 Neonazis aus ganz Norddeutschland, um das Sommer-Sonnenwendfest der niedersächsischen NPD zu feiern. Unter ihnen einschlägig vorbestrafte Mitglieder der Celler „Kameradschaft 73". Als diese im Dezember 2000 eine Wintersonnenwendfeier durchführen wollte, löste die Celler Polizei die Veranstaltung auf. Zuletzt diente der JN das Grundstück als Partygelände. Nachdem Nahtz ohne Erfolg einen Infostand der NPD-Jugendorganisation für den 28. Juli letzten Jahres angemeldet hatte, trafen sich deren Mitglieder bei ihm.

Dass die örtlichen Neonazis, die regelmäßig die „Hetendorfer Tagungswochen" besuchten, nicht „nur" feiern, bewiesen sie schon 1999. Am 9. August töteten Escheder Neonazis Peter Deutschmann. Nachdem AntifaschistInnen den Mord publik machten, handelten Parteien und Verwaltung. Sie verfassten einen offenen Brief an Nahtz, mit der Bitte, in Zukunft doch weitere Treffen von Neonazis nicht zuzulassen. Kein Wunder, wenn dann die Nachwuchsorganisationen der CDU zum Plausch einladen.

Blick nach Osten

von Charles Paresse

Eigentlich ist es nichts besonderes, wenn eine Reihe einflussreicher Politiker aus Osteuropa zu einer Vortragsreihe unter dem Motto „Blick nach Osten: Neue Perspektiven für Europa" zusammen kommt. Eine kritische Betrachtung ist jedoch bei der Veranstaltungsreihe notwendig, die im Sommersemester 2001 an der Marburger Universität stattfand. Denn die wurde von der „Interdisziplinären Arbeitsgruppe Europa der Philipps-Universität" organisiert. Deren Sprecher: Gilbert Gornig, Professor am Marburger Lehrstuhl für öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht mit einem großen Herzen für die Sorgen der deutschen „Vertriebenen" (vgl. Der Rechte Rand Nr. 68).

Für den „Blick nach Osten" wurden Referenten wie der ehemalige tschechische Ministerpräsident Vaclav Klaus, Polens Außenminister und weitere aktive oder ehemalige Minister sowie der deutsche EU-Kommissar Günter Verheugen gewonnen. Erst vor dem Hintergrund der Interessen Gornigs erhält die Vortragsreihe eine Brisanz: Gornig setzt beispielsweise darauf, dass im Rahmen eines Beitrittes von Staaten wie Polen dort der Erwerb von Boden vereinfacht werden solle. Viele organisierte „Vertriebene" bauen mittlerweile auf die „Europäisierung" zur Durchsetzung ihrer Interessen.

Seine Verbundenheit zu den „Vertriebenen" dokumentierte Gornig wieder einmal am 13. Oktober vergangenen Jahres, als die Marburger Kreigruppe der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" ihr 50-Jähriges Bestehen feierte. Gornig referierte auf der Jubiläumsfeier zur „Völkerrechtswidrigkeit von Vertreibungen und entschädigungsloser Enteignung der Sudetendeutschen".

In einer Broschüre der CSU-nahen „Hanns-Seidel-Stiftung" lobte Gornig jüngst die Politik der rot-grünen Bundesregierung. Er stellt erfreut Erleichterungen für die Arbeit der deutschen „Vertriebenen" fest: „War es während des so genannten Kalten Krieges für einen deutschen Völkerrechtslehrer noch wenig opportun, sich mit Vertreibung und Enteignung der Deutschen zu beschäftigen, lief er doch damit Gefahr, als Revanchist bezeichnet zu werden, änderte sich dies in geringem Umfang nach der Wende 1990, schlagartig jedoch nach dem Regierungswechsel 1998, da die neue Bundesregierung die Bundeswehr einsetzte, um im Kosovo Vertreibungen zu verhindern."

In der von Bernd Rill herausgegebenen Broschüre unter dem Titel „Gegen Völkermord und Vertreibung – Die Überwindung des zwanzigsten Jahrhunderts" publizieren neben Gornig unter anderem auch der CSU-, SL- und PEU-Funktionär Bernd Posselt sowie die rechten Völkerrechtler Dieter Blumenwitz und Alfred Maurice de Zayas.

Panne im Verkehrsministerium

Josef Schüßlburner geht es derzeit beruflich nicht so gut. Und darüber ist der im Bundesverkehrsministerium tätige Jurist und Regierungsdirektor sehr empört. In einem wütenden „Offenen Brief" an die PDS-Bundestagsfraktion verlangt der seit rund zehn Jahren in allen möglichen „Theorie-Organen" der extremen Rechten publizierende 47-jährige Bonner eine Entschuldigung.

von Philipp Vergin

Der Grund für Schüßlburners Verärgerung liegt in einer „Kleinen Anfrage" der PDS-Bundestagsfraktion begründet, in der diese u.a. wissen wollte, wie die Bundesregierung die außerdienstlichen politischen Aktivitäten ihres Beamten bewertet und wie sie den Umstand erklärt, dass dieser offenbar seit 1985 unbeanstandet in der Bundesverwaltung beschäftigt ist. Für Schüßlburner stellt diese „inquisitorische Anfrage" nicht nur eine Aufforderung zum Berufsverbot dar, sondern auch den Beweis, dass die PDS „immer noch von einer totalitären Mentalität geprägt ist". Schüßlburner fordert daher die PDS in seinem „Offenen Brief" auf, sich „dem Grundsatz entsprechend, wonach „Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden" ist, in Zukunft dafür einzusetzen, dass Personen wie der Unterzeichnende weiterhin bei freier Wahl der Publikationsorgane oder des Publikums ihre (...) Auffassungen zum Ausdruck bringen können".

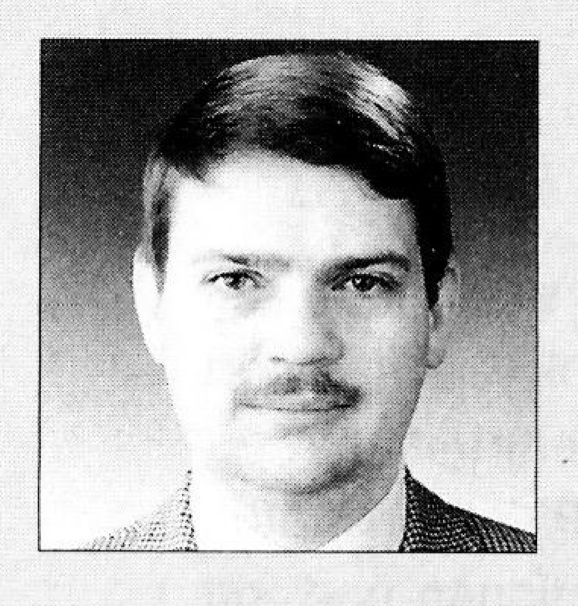
In regelmäßigen Beiträgen für Zeitschriften, die auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft werden, lässt er diesen Grundsatz allerdings ganz gerne außer Acht. Dort versucht er, der davon überzeugt ist, dass eigentlich mit Ausnahme der „konservativen Rechten" fast alle anderen totalitär und undemokratisch sind, seit Anfang der 90iger Jahre zu belegen, dass Hitler eigentlich „eher der politischen Linken zugeordnet" werden müsse. Aber auch mit vielen anderen Themen beglückt der Herr Regierungsdirektor, den die „Synergies Europèennes" bereits im Juni 1993 als einen „hartnäckigen Mitarbeiter der Münchener Zeitschrift Criticón" lobten, die rechtsextreme Szene. So schreibt er etwa für die mittlerweile etwas kriselnde Theoriezeitschrift „Staatsbriefe„ von Hans-Dietrich Sander, zu deren Autoren bis vor kurzem noch so exponierte Vertreter der extremen Rechten wie Horst Mahler oder Reinhold Oberlercher zählten. Seine bisweilen ellenlangen Aufsätze zu Themen wie „Das Grundgesetz als Übergangsverfassung", „Die deutsche Freiheit, erdrosselt vom Verfassungspatriotismus" oder „Europa als Reichsersatzideologie" gehören mittlerweile zu Standardtexten der revisionistischen und antisemitischen Zeitschrift. Auch für die vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz beobachtete „Junge Freiheit" (JF) und die revisionistische Zeitschrift „Deutsche Geschichte" der „Verlagsgesellschaft Berg" griff Schüßlburner des Öfteren zur Feder. Der nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz war es wohl auch, der diese Aktivitäten bereits 1997 dem Bundesinnenministerium und Schüßlburners Arbeitgeber, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) mitteilte, woraufhin ein erstes disziplinarrechtliches Vorermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet wurde. Seitdem währt ein Rechtsstreit und seitdem schreibt Schüßlburner fleißig weiter seine Artikel und hält munter Vorträge, vorzugsweise über die Arbeit des Verfassungsschutzes, dem er offenbar die Anschwärze recht übel nimmt. Sein Verhältnis zu seinem Arbeitgeber wird durch Ausätze wie den im von Hans-Helmuth Knütter und Stefan Winckler herausgegebenen Sammelband „Der Verfassungsschutz. Auf der Suche nach einem verlorenen Feind.", in dem er diesem die Grundgesetzkonformität abspricht, sicher nicht verbessert worden sein. Wie auch immer, nach Erkenntnissen der Bundesregierung „veröffentlichte er seit 1993 regelmäßig Beiträge in rechtsextremistischen Publikationen und tritt zumindest seit 1995 als Vortragender bei rechtsextremistischen Veranstaltungen auf" (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der PDS – Drucksache 14/7051). Er nahm u.a. an einer konspirativ organisierten Tagung der „Gesellschaft für freie Publizistik (GFP)", der größten rechtsextremen kulturpolitischen Vereinigung in der Bundesrepublik, teil und schwadronierte dort von „heldenhaft kämpfenden deutschen Soldaten" des II. Weltkrieges. Auch erregte er sich darüber, „dass man ungestraft von Mitteldeutschland als Ostdeutschland reden dürfe". Über gute Kontakte verfügt Schüßlburner auch zu Alfred Mechtersheimer. Für dessen „Friedenskomittee 2000" verfasste er beispielsweise im Februar letzten Jahres eine „Studie zur Kündigung von Girokonten aus politischen Gründen", die sich gerade bei der NPD und deren Umfeld größerer Beliebtheit erfreut. In der „Jungen Freiheit" verbreitete er die Ansicht, dass Hitlers Antisemitismus „primär sozialistisch bestimmt" gewesen sei, und die von den Nazis industriell betriebene Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden in Auschwitz seiner Auffassung nach „in der Konsequenz des sozialistischen Humanitarismus" begründet gelegen sei. Als Dank für solche intellektuellen Meisterleistungen berichtet dann die JF regelmäßig über das gegen Schüßlburner laufende Disziplinarverfahren.

Auch für die österreichische Wochenzeitung „Zur Zeit", in der regelmäßig die Existenz von Gaskammern im „Dritten Reich" geleugnet sowie die sechs Millionen NS-Opfer in Frage gestellt werden, war Schüßlburner publizistisch tätig. Kein Wunder also, dass viele seiner Schriften z.B. auf den Internetseiten der revisionistischen „Europäischen Stiftung zur Förderung freier historischer Forschung" zu finden sind.

Josef Schüßlburner kann getrost als einer der maßgeblichen Juristen der „Neuen Rechten" der Bundesrepublik angesehen werden. Er zählt sicher nicht nur nach Meinung des neurechten russischen Vordenkers Wladimir Wiedemann, der ihn neben Reinhold Oberlercher als den wichtigsten Autor seiner Zeitschrift „Imperativ" bezeichnet, zu den führenden Publizisten im Braunzonenbereich von „Criticón" bis „Staatsbriefe". Wie lange er allerdings noch im Verkehrsministerium tätig sein wird, bleibt abzuwarten.

„Stille Hilfe"

Horst Janzen (Wuppertal), Vorsitzender der 1951 gegründeten „Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte", informiert im jüngsten „Rundbrief", dass der „Kreis unserer Spender, der sich hauptsächlich aus der so genannten Erlebnisgeneration zusammensetzt, immer kleiner" wird. Hauptaufgabe der „Stillen Hilfe", der vorwiegend Altnazis und einstige Waffen-SS'ler angehören, sei zwischenzeitlich die finanzielle „Unterstützung im Rahmen der Familiennachbetreuung", da der Kreis der betreuten NS-Kriegsverbrecher aufgrund deren Ablebens immer kleiner werde.



Bernd Posselt

Verdienstkreuz für Posselt

Der Bundesvorsitzende der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" (SL), Bernd Posselt, wurde durch Bundespräsident Johannes Rau mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Der CSU-Europaabgeordnete habe sich, so hieß es in der Laudatio von Ingo Friedrich, jahrzehntelang für ein „Europa der Menschenrechte" eingesetzt. Posselt, der nicht nur Vertriebenenfunktionär ist, sondern auch Präsident der „Paneuropa-Union" (PEU), habe sich aktiv an der Beseitigung des „Eisernen Vorhangs" beteiligt und an der Spitze der Interfraktionellen Arbeitsgruppe für Minderheitensprachen im Europäischen Parlament kämpfe er noch heute für ein „europäisches Volksgruppenrecht".

OMV-Delegiertentagung

Bei der Bundesdelegiertentagung der „Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung" (OMV) der CDU/CSU wurde deren Bundesvorsitzender Helmut Sauer, der auch das Amt des Vizepräsidenten des „Bundes der Vertriebenen" (BdV) bekleidet, in seinem Amt bestätigt. Als stellvertretende Bundesvorsitzende wählte die OMV Rüdiger Goldmann (NRW), Dietrich Hoth (Hamburg), Werner Hubrich (Sachsen), Kurt Josef Rossmanith (Bayern) und Erika Steinbach (Hessen). Die bei der Versammlung anwesende CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel dankte den OMV-Delegierten für ihr „großes Engagement" und erklärte, dass die Themen „Heimat, Menschenrechte und Vertreibung" nach wie vor nichts an Aktualität eingebüßt hätten und immer noch „zentral" seien.



Angela Merkel

Urteil zu Verbindungen

Das Gießener Verwaltungsgericht hat kürzlich im Eilverfahren einer Klage des AStA gegen den Präsidenten der Justus-Liebig-Universität stattgegeben. Dabei ging es um die Frage, ob dieser der Studierendenvertretung verbieten darf, in Flugblättern vor Burschenschaften zu warnen. Der Uni-Präsident hatte dem AStA per „Sofortvollzug" verboten, während der Neueinschreibungswoche ein Flugblatt mit dem Titel „Vorsicht Fuxenjagd" zu verteilen, in dem vor der Mitgliedschaft in einer Studentenverbindung gewarnt wird. Nach Auffassung des Rechtsdezernats beim Präsidenten entsprach dies einem allgemeinpolitischen Mandat der Studentenschaft, wohingegen das Gießener Verwaltungsgericht in dem Flugblatt einen „hochschultypischen Gehalt" erkannte. In der Begründung heißt es, es gehöre zu den dem AStA übertragenen Aufgaben, die politische Bildung der Studierenden zu fördern. Dazu zähle auch die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen verfassungsfeindlichen Tendenzen von studentischen Verbindungen sowie die Auseinandersetzung mit deren historischer Rolle.

Amtlicher Revanchismus

FPÖVP-Regierung finanziert völkisches Zentrum

„Reden wir über Wiedergutmachung: Die betrifft nämlich nicht nur die in New York und im Osten, sondern vor allem auch unsere sudetendeutsche Freunde. Wir wollen uns zuerst um die eigenen Leute kümmern." (Jörg Haider, am 20. 10. 2000 in der Wiener Stadthalle)

von Heribert Schiedel

Nachdem die FPÖVP-Koalition mit dem „Versöhnungs-" und dem „Entschädigungsfondsgesetz" einen – so Österreichs Finanzminister Karl-Heinz Grasser – „Schlussstrich" unter die finanziellen Forderungen der NS-Opfer gezogen hatte, nahm sie sich im Zuge der gleichgewichtigen Aufarbeitung der Geschichte der „eigenen Leute" an: „Es ist gerade dieser österreichischen Bundesregierung ein großes Anliegen, die Vielzahl auch einschneidender geschichtlicher Ereignisse, die unser Land geprägt haben, gleichgewichtig aufzuarbeiten." (Grasser)

Zunächst wurde ein „Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz" verabschiedet, nach welchem jährlich mehr als 10 Millionen Mark an ehemalige Wehrmachtssoldaten und SS-Schergen, die in osteuropäische Kriegsgefangenschaft geraten waren, ausbezahlt werden. Nach anhaltenden Protesten der SPÖ (!) soll diese seit Januar 2001 geltende Regelung nun auch auf die ehemaligen Kriegsgefangenen der westlichen Alliierten ausgeweitet werden.

Dann wandte sich die FPÖVP-Koalition ihren „sudetendeutschen Freunden" zu. War die Aufrechnung der Shoah mit den Aussiedlungen der „Volksdeutschen" ab 1945 in der Bewegungszeit der FPÖ ein beliebtes Instrument zur Relativierung der NS-Gräuel, so ist sie heute Bestandteil offizieller Vergangenheitspolitik. Schon in der Regierungserklärung wurde versprochen, die Verhandlungen über die EU-Osterweiterung zu nützen, um den Beitrittskandidaten eine „Ver-

Referenten der

Lothar Höbelt, FPÖ-Historiker, „Aula"-Autor und „Zur Zeit"-Kolumnist, 1993 Referent beim mittlerweile verbotenen „Verein Dichterstein Offenhausen";

Horst Rudolf Übelacker, Vorsitzender des deutschen „Witikobundes", „Eckartbote"-Autor, 1995 als Referent beim „Kulturwerk Österreich" (Vorsitzender: Aula-„Schriftführer" Otto Scrinzi) angekündigt;

Karl Richter, führender Aktivist der „Gesellschaft für freie Publizistik", „Burschenschaft Danubia München", 1995 wegen „Volksverhetzung" verurteilt, 1991 bis 1997 Chefredakteur von „Nation & Europa", seit 1997 Chefredakteur von „Opposition", „Aula"-Autor, 1998 Referent bei der „Politischen Akademie" der „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik" (AFP), referierte auch bei der „Deutschen Kulturgemeinschaft";

Walter Marinovic, führender Aktivist des „Österreichischen Kulturwerkes", dort fast jedes Jahr Referent, 1995 bis 1997 Referent beim „Verein Dichterstein Offenhausen", 1995 und 1999 bei der „Politischen Akademie" der AFP, Autor in den „Aula", „fakten" und „Eckartbote", Referat beim „Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft", einer 1999 erfolgten Abspaltung von den „Jungen Nationaldemokraten", „Deutsche Stimme"-Autor;

Herbert Fritz, Gründungsmitglied der 1988 behördlich aufgelösten „Nationaldemokratischen Partei" (NDP), 1990 bis 1992 Mitarbeiter der „Deutschen National Zeitung", Obmann der

mögensrestitution" für die „in der Folge der Benesch-Dekrete und Avnoj-Bestimmungen nach Österreich vertriebenen deutschsprachigen Bevölkerung" abzuringen. Entgegen aller anders lautenden Beteuerungen gegenüber der EU, wonach eine Aufnahme Tschechiens, Sloweniens und der Slowakei nicht von einer „Wiedergutmachung" und Aufhebung der „Vertreibungsdekrete" abhängig gemacht werde, sahen die „Vertriebenen" die Sterne für die Durchsetzung ihrer Interessen zunächst günstig stehen. Tatsächlich brachte die FPÖ bei jeder Gelegenheit die Veto-Drohung in Anschlag, konnte sich jedoch damit innerhalb der Regierung nicht durchsetzen. Zumindest im Fall Tschechiens fanden die „Freiheitlichen" aber im grenznahen und angeblich so unsicheren AKW Temelin einen neuen Vorwand zur Verhinderung des EU-Beitrittes. Mit dankenswerter Offenheit spricht Andreas Mölzer die revanchistische Motivation hinter der „freiheitlichen" Anti-Temelin-Kampagne aus: „Wer Temelin sagt, hat im Hinterkopf auch die Benesch-Dekrete."

Innenpolitisch konnte das österreichische Revanchisten-Milieu aber bereits einen Sieg einfahren: Im Frühsommer 2001 wurde mit der Etablierung eines „Vertriebenen-Fonds" begonnen. Mit insgesamt fast 15 Millionen Mark wollen Bund (rund 8 Millionen) und Länder (rund 7 Millionen) die Verbände der 1945 ausgesiedelten „Volksdeutschen" unterstützen. Dieser Fonds wird auch unmittelbar zur Geldquelle für rechtsextreme Betätigung werden. Ist es doch vor allem das 1996 eröffnete „Haus der Heimat" in Wien, welches daraus schöpfen wird. Und dieses ist nicht nur Heimstätte der im „Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften in Österreich" (VLÖ) zusammengefassten Organisationen der „Vertriebenen" und zentrale „wissenschaftliche" Institution zur Erforschung des „Deutschtums" im Ausland und der „Vertreibungsverbrechen", sondern auch Ort für Veranstaltungen des „Neuen Klubs" (NK).

Der NK wurde 1957 von Alt-Nazis und rechtskonservativen Honoratioren gegründet. In seinen Statuten legte der NK zumindest noch in den 1970er Jahren fest, Mitglieder „können nur Männer deutscher Volkszugehörigkeit" werden. Über den nach 1945 als Hochverräter verurteilten Erich Führer, Mitbegründer und ersten Obmann des NK, heißt es noch heute zustimmend: „Seine Grundeinstellung – das gesamtdeutsche Denken – leitete Erich Führer 1929 dorthin, wo er entschiedensten (sic!) Vertreter seines Gedankengutes sah, in die Reihen der Nationalsozialisten. Dieser Entschluss sollte die Bahnen seines weiteren Lebens bestimmen." Der NK suchte von Anfang an die Nähe zu Organisationen der „Vertriebenen", ein enges Naheverhältnis besteht darüber hinaus zur rechtsextremen „Österreichischen Landsmannschaft" (ÖLM). Seit 1997 hält der NK seine (im „Eckartboten" der ÖLM angekündigten) „Klubabende" im „Haus der Heimat" ab. Die Liste der dort Vortragenden liest sich wie das who is who des deutsch-österreichischen Rechtsextremismus.

NK-Klubabende

„Österreichischen Gesellschaft der Völkerfreunde", Referent bei der AFP-Wien;

Walter Lüftl, Verfasser eines „Gutachtens", in dem die Existenz von Gaskammern zur Ermordung von Menschen in den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern geleugnet wird, 2000 Referent bei der „Politischen Akademie" der AFP, Autor im „Eckartboten" und in den revisionistischen „Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung";

Claus Nordbruch, Interview mit der (mittlerweile verbotenen) deutschen neonazistischen Skinheadzeitschrift „Blood & Honour", Auftritte bei der NPD, dem von der rechtsextremen Zeitschrift „Signal" veranstalteten „Pressefest" 2000 und beim „Bildungswerk für Politik und Kultur Thüringens" des neonazistischen „Thüringer Heimatschutzes", Autor in „Aula", „Eckartbote" und „Deutsche Stimme";

Gerhoch Reisegger, Autor in „Aula", „fakten", „Eckartbote", „Staatsbriefe", 1997 Referent beim „Verein Dichterstein Offenhausen", 1998 Referent bei der „Politischen Akademie" der AFP, Autor in der von der „Werkstatt Neues Deutschland" (Horst Mahler) herausgegebenen „Werkstücke";

Josef Feldner, Obmann des „Kärntner Heimatdienstes", „Aula"-Autor, 1998 als Referent bei der „Politischen Akademie" der AFP, 1995, 1997 und 2000 als Referent beim „Kulturwerk Österreich" angekündigt.

Bedrohtes Volk

Tilman Zülch, der Generalsekretär der „Gesellschaft für bedrohte Völker"(GfbV), ist mit der höchsten Auszeichnung des „Bundes der Vertriebenen" (BdV), der „Ehrenplakette der deutschen Heimatvertriebenen" ausgezeichnet worden. Der „Sohn ostpreußischer Eltern" erhielt die Auszeichnung am 17. November letzten Jahres im Kölner Gürzenich für seine „Verdienste um Menschenrechte, Heimatrecht und Selbstbestimmung" und für „Verdienste um den Deutschen Osten". Schon vor 1989/90 widmete er sich „den Deutschen in Oberschlesien", „den Südtirolern und deren Autonomiestatus oder den deutschsprachigen Elsässern", heisst es in der Urkunde zur Plakette. Bemerkenswert sei die Gleichwertigkeit, mit der Zülch sich für „bedrohte Völker" einsetze. In seiner Dankesrede, die Zülch stellvertretend für alle Preisträger hielt, betonte er, dass man „von jenen 15 Millionen Vertriebenen" sprechen müsse, „die ihre Heimat verlassen mussten" und „von den bis zu 3 Millionen die [...] in Konzentrationslagern [sic!] umkamen [...]". Diese Taten würden tabuisiert.

Neben Zülch wurden der Altabt des Klosters Maria Laach, Dr. Adalbert Kurz, und die „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen" mit der Ehrenplakette des BdV ausgezeichnet.

Latussek für BdV nicht mehr tragbar


Paul Latussek

Der bisherige BdV-Vizepräsident Dr. Paul Latussek hat durch eine Rede beim Landesverbandstag des BdV-Thüringen am 9. November diesen Jahres in Arnstadt für einen Eklat gesorgt. Latussek hatte geäußert, dass „die Wolken einer bewusst betriebenen einseitigen Kollektivschuldzuweisung gegenüber unserem Volke" einen „klaren Blick zur Beurteilung der Verbrechen in der jüngeren europäischen Geschichte und über die Kriegsschuld" verhindern würden. Weiterhin sprach er von den „Lügen über Katyn, Jedwabne" und „Aussagen über die Opfer in Auschwitz", die „nicht mehr länger zu halten" seien.

Eine außerordentliche Bundesversammlung des BdV setzte Latussek daraufhin nach breiter bundesweiter Berichterstattung als Vizepräsidenten ab. Latussek habe sich „verbandsschädigend" verhalten und „die Heimatvertriebenen und ihre Anliegen in Misskredit gebracht", so BdV-Präsidentin Erika Steinbach. Dabei fiel die Abstimmung über Latusseks Ablösung keinesfalls eindeutig aus: 63 Stimmen gegen Latussek, 23 für seinen Weiterverbleib und 11 Enthaltungen. Der Landesverband Thüringen wurde aufgefordert, Latussek ebenfalls von seinem Posten als Landesvorsitzenden zu entheben. Dennoch sprach der Landesverband seinem Vorsitzenden am 14. November 2001 erneut das Vertrauen aus. Mittlerweile hat Latussek seinen Rücktritt erklärt, „um den Fortbestand des von ihm aufgebauten Verbandes zu sichern", wie es in einer Erklärung des Landesverbands heißt. Das Thüringer Sozialministerium hatte die Verbandsgelder nach Bekanntwerden von Lattuseks Rede gesperrt.

Die Staatsanwaltschaft Erfurt hat mittlerweile Ermittlungen gegen Latussek wegen des Verdachts auf Volksverhetzung eingeleitet.

„Mein Kampf"-Urteil

Der Verleger Michael Zitko aus Praha (Tschechische Republik) ist wegen der Herausgabe einer tschechischen Version von Adolf Hitlers „Mein Kampf" zu einer Bewährungsstrafe von drei Jahren und einer Geldbuße von ca. 57.000 Euro verurteilt worden. Mit der Herausgabe des Buches ohne Erläuterungen oder ein Vorwort unterstütze Zitko vorrangig die Ziele verfassungsfeindlicher Bewegungen, urteilte das zuständige Bezirksgericht in einer Berufungsverhandlung, die Anfang November letzten Jahres stattfand. Damit wies es das Argument zurück, bei „Mein Kampf" handele es sich um „reine Quellenliteratur".

Historische Erinnerungen

In Russland wird die Beteiligung deutscher Streitkräfte außerhalb des Bundesgebietes mit Skepsis aufgenommen. Zwar besteht Einigkeit in der Notwendigkeit des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus und es wird auch betont, dass Deutschland sich daran beteiligen solle. Doch unabhängig davon warnten russische Medien vor der mit dem Bundeswehreinsatz einhergehenden weltweiten Ausweitung deutscher Militärpolitik. So hieß es beispielsweise in einem Kommentar von Aleksandr Scholkwer in der „Stimme Russlands" Mitte November des vergangenen Jahres: „Doch mir scheint, man sollte die bei Deutschlands Nachbarn noch vorhandenen ungünstigen Erinnerungen an die Rolle deutscher Streitkräfte in der jüngsten Vergangenheit nicht unterbewerten. Ich verhehle nicht, dass in Russland diese historischen Erinnerungen noch wach sind. Besonders in diesem Jahr, wo wir den 60. Jahrestag des Überfalls der hitlerschen Heerscharen auf unser Land begingen."

Weiter wurde darauf hingewiesen, dass es die erste umfangreiche Beteiligung deutscher Streitkräfte in der Nachkriegszeit außerhalb Europas sei: „Doch vor verhältnismäßig kurzer Zeit hatte die Bundeswehr bereits an der NATO-Operation gegen Jugoslawien teilgenommen. Ihre Kontingente befinden sich gegenwärtig im Kosovo und in Makedonien. Doch diese Gebiete liegen in Europa. Nun soll sich die Bundeswehr aber auf einen viel weiteren Weg machen."

Nordbruch zur DMZ

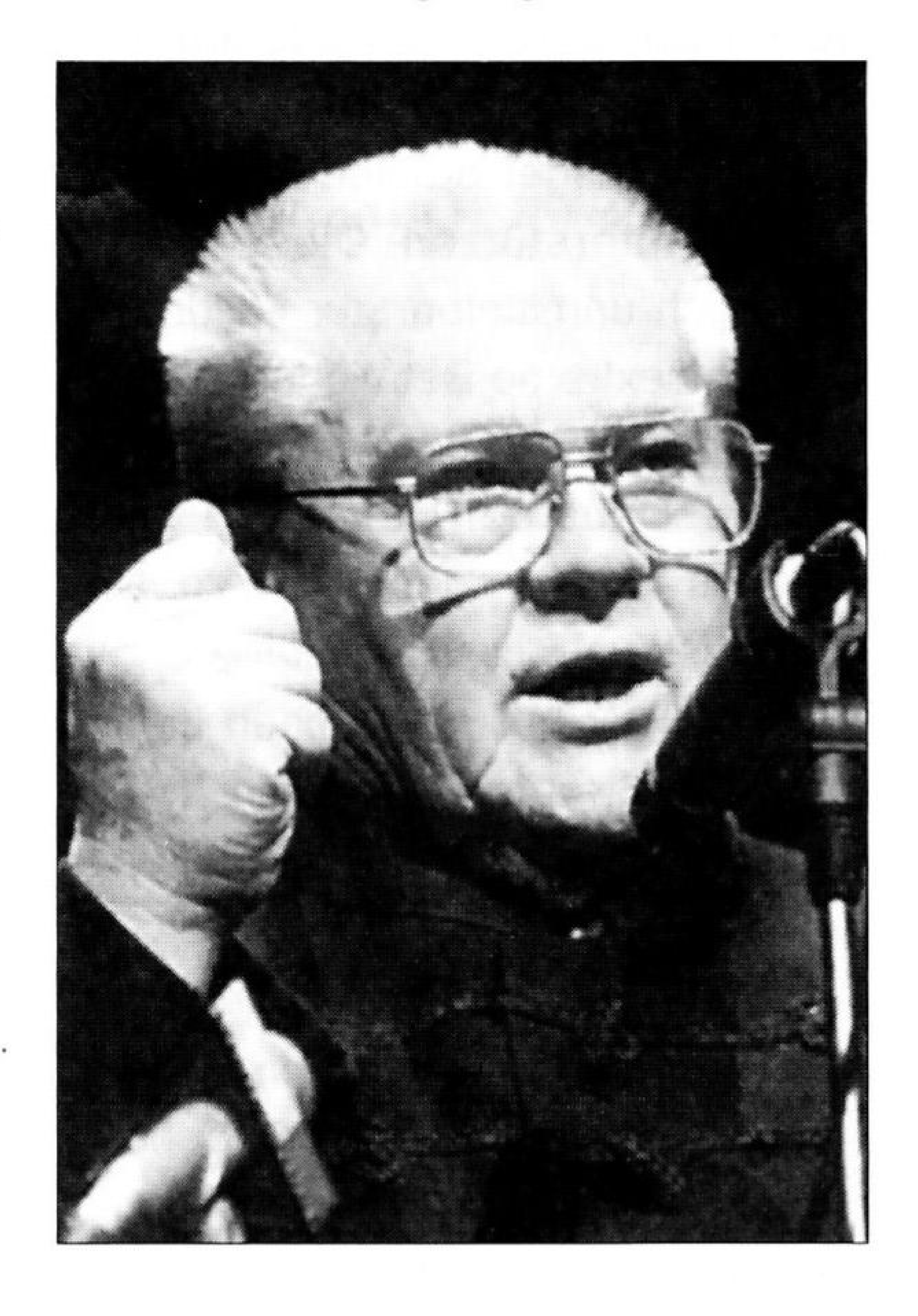
Der in Südafrika lebende Claus Nordbruch ist neuerdings Fachredakteur der vierteljährlich erscheinenden „Deutschen Militärzeitschrift" (DMZ; Verlag „Medien-Marketing-Team GmbH" in Bad Soden-Salmünster). Nordbruch greift auch für die Postillen „Deutschland in Geschichte und Gegenwart", „Signal", „Nation & Europa" und den „Grabert-Verlag" zur Feder. Die DMZ wendet sich an die „Erlebnisgeneration des Zweiten Weltkriegs, an die Soldaten und Reservisten der Bundeswehr und an alle zeitgeschichtlich interessierten Mitbürger". Autoren der aktuellen Ausgabe (Okt.-Dez. 2001) sind n. a. die Geschichtsrevisionisten Alfred Schickel und Franz Seidler, der Rechtsextremist Wolfgang Strauss sowie Klaus Hornung, Präsident des „Studienzentrums Weikersheim". Mit Anzeigen sind die Waffen-SS-treue „Deutsche Verlagsgesellschaft" und der holocaustleugnende „Grabert-Verlag" vertreten.

Euro-Rechte

Am 10. November letzten Jahres versammelte sich auf Burg Kranichberg bei Wien aus Anlass des vierjährigen Bestehens von „Zur Zeit" (ZZ) die Führungsriege mehrerer europäischer Rechtsaußenparteien.

von Heribert Schiedel

Der Einladung des ZZ-Chefredakteurs und -Mitherausgebers Andreas Mölzer gefolgt sind: Heinrich Lummer, Ehrenpräsident der rechtsextremen Sammlung „Die Konservativen"; Bruno Mégret, Vorsitzender des „Mouvement National Republicain" (MNR), einer Abspaltung von Le Pens „Front National"; Filip Dewinter, Vorsitzender des „Vlaams Blok"; Heli Susi von der estnischen „Vaterlandspartei"; Alfred Mechtersheimer, der „in der multikulturellen Gesellschaft eine Gefährdung des inneren Friedens" sehen wollte; István Csurka, Führer der ungarischen MIÉP. Der Antisemit hat neuerlich die Terroranschläge vom 11. September gerechtfertigt: „Die unterdrückten Völker der Welt konnten nicht die Erniedrigung durch die Globalisierung, die Ausbeutung und den in Palästina planmäßig durchgeführten Genocid ohne einen Antwortschlag erdulden."



István Csurka

Stark vertreten war zudem die FPÖ: Neben den ReferentInnen Lothar Höbelt, Ewald Stadler, Barbara Rosenkranz und dem ZZ-Mitherausgber John Gudenus nahm „eine Reihe prominenter Freiheitlicher" (Mölzer) teil. Blicken ließ sich auch der Münchener Verleger und ZZ-Finanzier Herbert Fleissner.

Die FPÖ-Spitze wollte sich nicht hinter das ZZ-Treffen stellen: FPÖ-Chefin Riess-Passer distanzierte sich vom Treffen und Blatt ihrer Parteifreunde Mölzer und Gudenus. Wobei sich die „Distanzierung" in der Leugnung jeglicher Beziehung zwischen „Zur Zeit" und FPÖ erschöpfte. Tatsächlich macht mehr die ÖVP „Zur Zeit" die Mauer. Bundeskanzler Schüssel kanzelte etwa einen Journalisten ab, der es wagte, nach dem völkischen Treffen zu fragen. Er erklärte die TeilnehmerInnen zu Personen, „die sich im demokratischen Spektrum bewegen" würden. Und weil dem so sei, bedeute jede Kritik an diesen eine „Diffamierung".

Hinter der Distanzierung seitens der FPÖ-Spitze steht die Uneinigkeit über eine Vernetzung und gemeinsame Kandidatur der Euro-Rechten. Während die PragmatikerInnen Haiders Absicht, bei den nächsten EU-Wahlen (2004) mit einer Europa weiten Liste anzutreten, als bloße Aufforderung zur Unterordnung verstehen, suchen die völkischen Fundis das Bündnis. Sichrovsky brachte in seiner Reaktion zum ZZ-Treffen erstere Position zum Ausdruck: Die FPÖ „hat weder die Absicht noch das Ziel, gemeinsam mit so genannten 'rechten' oder 'rechtsextremen' Parteien in Europa zusammenzuarbeiten oder gemeinsame Listen für nationale oder europaweite Wahlen zu erstellen."

Mölzer stören derartige „Berührungsängste gegenüber anderen ideologisch nahe stehenden Gruppen". Aber auch hier dürfte eine Arbeitsteilung Platz greifen: Während sich die FPÖ-Spitze gegenüber den Annäherungsversuchen europäischer Rechtsextremer verschließt, wird in der zweiten Reihe an einer Vernetzung gearbeitet.

Geschichtspolitik und kulturelle Hegemonie

von Ulrich Schneider

Seit vielen Jahre wird in unserem Land über die Geschichte und den angemessenen Umgang mit der faschistischen Vergangenheit gestritten. Wer sich darüber informieren will, der müsste gut 500 Bücher bzw. Aufsätze lesen oder sich die Dissertation von Gerd Wiegel „Die Zukunft der Vergangenheit – konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie" vornehmen.

Der Autor spannt in seiner Untersuchung den Bogen von den Anfängen des Historikerstreits, den Ernst Nolte mit seiner These vom Verhältnis von Gulags zu Auschwitz ausgelöst hat, bis zur Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der „Deutschland-Stiftung" an Ernst Nolte im Jahr 2000. Dabei sieht Wiegel in Nolte nur bedingt den Stichwortgeber, viel mehr einen Akteur, der mit dazu beigetragen hat, dass es seit den achtziger Jahren im Faschismusbild eine Verschiebung der Deutungshegemonie in Richtung neokonservativer Veränderungen gegeben habe.

Im Zentrum seiner inhaltlichen Auseinandersetzung stehen dabei der Historikerstreit von 1986/87 mit seinen Facetten „Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Judenmordes" und „Präventivkriegsthese", die Veränderung in der Faschismus-Darstellung bei Ernst Nolte sowie die Renationalisierung und neokonservative Geschichtspolitik ab 1989/90. In einem eigenen Kapitel setzt er sich mit den besonders bei Karlheinz Weißmann und Rainer Zitelmann vertretenen Tendenzen der Faschismusforschung auseinander, in denen sich akademischer Geschichtsrevisionismus, Neokonservatismus und Renationalisierung verbinden. Die Stichworte: Historisierung, NS-Sozialpolitik, Hitler als Revolutionär und NS als Modernisierung beschreiben das Feld der akademischen Geschichtsumdeutung.

Wiegel begreift Geschichtsdeutung und Geschichtspolitik als Kampffeld um kulturelle Hegemonie, wobei die Frage nach Veränderungen in der Interpretation des deutschen Faschismus auch Veränderungen im hegemonialen Gefüge der politischen Kultur der BRD ausdrückt. Worum es Autoren wie Zitelmann, Weißmann, Hornung und anderen gehe, ist Platz zu schaffen für ein neues – im eigentlichen Sinne jedoch altes – konservatives Projekt, für die hegemoniale Rolle Deutschlands in Europa und für die Rückkehr zur „selbstbewussten Nation". Dabei bemühe man sich um zweierlei: einerseits um die Befreiung des Geschichtsbildes von der Last der Vergangenheit, andererseits um die Rehabilitierung des Konservatismus und der politischen Rechten.

Anregend ist auch der Ansatz von Wiegel, die Funktion von Geschichtsdebatten im Kontext anderer Politikfelder zu untersuchen. Neokonservative Geschichtspolitik und ihre Sinngebungsbestrebungen korrespondieren – so Wiegel – direkt mit neoliberaler Wirtschaftspolitik, stellt sich doch die Frage nach einem neuen gesellschaftlichen Konsens bei gleichzeitiger sozialer Desintegration. Jene in neokonservativen Kreisen propagierte „Rückkehr zur Normalität" Deutschlands spielt nach Wiegel eine entscheidende Rolle in der Militarisierung der Außenpolitik.

Das Einfallstor für diese neokonservative Geschichtsoffensive sieht er in der Reaktivierung der Totalitarismus-Doktrin mit dem Ende der DDR. Schon im Historikerstreit wurde versucht, dieser längst tot geglaubten Doktrin Leben einzuhauchen. Mit der Abwicklung der DDR-Wissenschaft jedoch schien diese These ihre geschichtliche Bestätigung bekommen zu haben, so dass sie eine ungeahnte Wiederauferstehung erleben konnte.

Einen besonderen Aspekt neokonservativer Geschichtspolitik hebt Wiegel in seiner Darstellung hervor, nämlich die Wechselwirkung von wissenschaftlicher und öffentlicher Diskussion der Vergangenheit. Originär wissenschaftliche Geschichtsdebatten wie der Historikerstreit, die ersten Debatten um die Wehrmachtsausstellung, das Goldhagen-Buch oder die Walser-Bubis-Debatte bestimmten bald schon die öffentliche Debatte um das Bild der Vergangenheit. Dabei engagieren sich sowohl konservative Presseorgane, wie auch Wissenschaftler, die im öffentlichen Diskurs ihre Positionen einer neuen Geschichtssicht durchzusetzen versuchen.

Für Wiegel ist das Ergebnis dieser Bestrebungen noch offen: „Goldhagen-Debatte, Mahnmaldiskussion, die Frage der Zwangsarbeiter-entschädigung und ähnliche Debatten zeigen [...], dass es bisher nicht gelungen ist, die dunkelste Seite der faschistischen Vergangenheit, Massenmord und Massenterror, aus den öffentlichen und politischen Debatten zu verdrängen." Das lässt für die Zukunft hoffen.

Gerd Wiegel: Die Zukunft der Vergangenheit, Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie – Vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte, PapyRossa Verlag: Köln 2001, 436 Seiten, 26 Euro.

Impressum:
Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr.16, 30161 Hannover
Postanschrift: Der Rechte Rand, Postfach 1324, 30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

„an die masken auf der maskerade"

von Martin Mayer

„Dieser Song geht raus an all die Bürger von Babylon. Mit Angst vorm schwarzen Mann, doch auf dem Weg zum Solarium. Habt ihr euch jemals vorgestellt, wie es ist, wenn man morgens aufsteht, rausgeht und als Einziger anders auszieht", rappen DJ Desue, Brooke Russel und Samy Deluxe und intonieren: „Nein ihr wisst es nicht. Jeder will heute anders aussehen, doch jeder ist es nicht (...) Ich kannt'nen Typen namens Frank ein waschechter Punk, (...) mit allem drum und dran. Der sagt, er hätte noch weniger Chancen als ich. Ich sag', er hat seinen Look selbst gewählt, das konnte ich nicht".

Eine Songpassage aus „Sag mir wie es wär" auf dem neuen CD-Projekt „Lightkultur" von „Brothers Keepers" und „Sisters Keepers", in der die Rap-, Soul- und Reggae-MusikerInnen den institutionellen Rassismus beschreiben. Eine andere Passage aus „Zivilcourage" stellt indes den militanten Rassismus dar. „Oh was geht da ab?/ Wo? / Na, da unten auf dem Parkplatz, klar dass der Bruder gegen drei Glatzen keine Chance hat (.... Schau ...) wie der Hausmeister, der sich sonst über jeden Scheiß aufregt (...) jetzt die Vorhänge zuzieht", singen D-Flame, Tone und Sugarcane und „Wir werden gar nicht erst reden – nur schlagen und treten". Alle Tracks des Nachfolgeprojekts der Single „Adriano (letzte Wahrung)", das mehrere afrodeutsche Musiker 2001 anlässlich der Ermordung Alberto Adrianos veröffentlichten, attackieren den „rechten Alltagsterror" und die „Leitkulturdebatte der Mitte". Mal kämpferisch, wie bei der aktualisierten Fassung von „Adriano II"; mal selbsthinterfragend, wie bei "Afrodeutsche"; mal nachdenklich wie bei dem aktuellen Song „Liebe und Verstand" von den „Sisters Keepers".

Manch Der-Rechte-Rand-LeserIn dürfte der Slang des Sprechgesangs, „Ich sage K, ich sage Z, sage Nazi rein" oder „ich hoff' der Track ist'n Dildo, der die Zone fickt" irritieren. So what, der Slang der mehrsprachigen Texte relativiert die Message des Humanismus nicht. Das musikalische Arrangement der Tracks zwischen Reggae-, Soul- und Hiphopelementen, korrespondiert mit der Message. Etwas zum Nachdenken in der „imageästhetik (des) plastiklebens".

„Die Erlöse von ‚Lightkultur'„, erklärt Dirk Seifert von „Brothers-Keepers-e.V.", „gehen wie die von ‚Adriano' und ‚Liebe und Verstand' an antirassistische Projekte und Opferinitiativen". Ab Januar 2002 würden die ersten Initiativen von dem gerade gegründeten Verein unterstützt. „Aber", so Seifert, „wir werden auch selbst Projekte anbieten".

Kontakt: www.brothers-keepers.de
Brothers Keepers #1, Lightkultur, Downbeat/WEA, 18,97 Euro.

Klare Worte zum überfälligen Verbot

von Janine Clausen

„Die Auflösung des Verfassungsschutz", resümiert Jörg Fischer, wäre „ein schwerer Schlag für die neonazistische Szene, würde ihr dann doch ein wichtiger Arbeit- und Geldgeber abhanden kommen". Nicht minder pointiert Fischers Fazit zur Verbotsdebatte: Die NPD „hat zur falschen Zeit am falschen Ort demonstriert. Aufzüge der NPD am Brandenburger Tor sind natürlich imageschädigender als beispielsweise DVU-Kundgebungen in der Passauer Nibelungenhalle" und „der biologische Rassismus [der NPD fügt sich;] nicht mehr problemlos in eine Gesellschaft, in der Menschen immer stärker nach ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit beurteilt werden".

In seiner jüngsten Veröffentlichung „Das NPD Verbot" stellt Fischer kurz die Geschichte der NPD, DVU und der REP dar und hinterfragt ausführlich die Verbotsdebatte und die Aussteigerprogramme. Ohne Wenn und Aber plädiert er für ein Verbot. Denn die NPD habe nicht nur in den letzten Jahrzehnten immer wieder als Sammelpunkt für alte und neue Nazis gedient, sondern verfolge seit ihrer Gründung neofaschistische Ziele. Des Weiteren stelle die älteste neonazistische Partei eine massive Gefahr für jene Menschen dar, die nicht in ihr neonazistisches Weltbild passen. Allerdings, so betont das ausgestiegene Mitglied von NPD und DVU: „Mit einem alleinigen Verbot der NPD ist das Problem noch lange nicht gelöst, wenn es mehr sein soll als Imagepflege für den Wirtschaftsstandort Deutschland".

In der klaren Positionierung liegt die Stärke der Streitschrift, in der auch deutlich dargelegt wird, „dass sich der Aufstand der Anständigen (...) auf symbolische Akte gegen zu auffälligen Rassismus beschränken (...). Alle konzentrieren sich auf die sechseinhalbtausend NPD Mitglieder, aber was ist mit den 60% Deutschen, die der Meinung sind, dass zu viele Ausländer hier lebten und Menschen jüdischen Glaubens zu viel Einfluss haben".

Weniger „stark" ist jedoch der Anhang, in dem Materialien zum Verbotsantrag und Originaldokumente der NPD präsentiert werden. Zwar finden sich auf den 65 Seiten – die mehr als ein Drittel des Buches ausmachen - alle bedeutenden Dokumente für die Debatte. Nur werden sie weder didaktisch-methodisch, noch politisch aufgearbeitet. Der Hinweis, dass sich mittels des „Hauptteils" der Zusammenhang und eine Einordnung erschließe, reicht nicht, da keine textliche Verbindung geschaffen wird. Dennoch wird Fischer dem selbstformulierten Anspruch, die „Diskussion zu versachlichen und zu re-politisieren", gerecht.

Jörg Fischer: Das NPD Verbot, Berlin: Expresso Verlag 2001, 192 Seiten, 15,90 Euro.